

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 13. September 1930

Nummer 74

Für soziale Freiheit, gegen Diktatur und Reaktion!

Der 14. September 1930 wird zweifellos für das gesamte deutsche Volk, und damit in der Hauptsache für die deutsche Arbeiterschaft, von weittragender historischer, politischer und sozialer Bedeutung werden. Denn es handelt sich an diesem Tage darum, durch persönliche Entscheidung jedes Wahlberechtigten der zukünftigen deutschen Staatsgewalt und Gesetzgebung eine neue und bessere Gestaltungskraft als bisher zu geben. Für die Arbeiterschaft gilt es vor allen Dingen, ihre äußersten Kräfte in die Waagschale zu werfen, um endlich dem immer unerschämter und rücksichtsloser werdenden Druck der Ausbeuter ihrer Arbeitskraft, dem privatkapitalistischen Unternehmertum, nicht nur ein entschiedenes Halt entgegenzusetzen, sondern auch neue Wege für eine menschenwürdigere soziale Freiheit für die Zukunft zu sichern.

Klar und deutlich haben Vorstand und Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in ihrem Aufruf vom 16. August d. J. („Korr.“ Nr. 66), „An die Arbeiterschaft Deutschlands“ zu dieser Aufgabe, soweit sie insbesondere für Sinn und Zweck der freien Gewerkschaften in Frage kommt, Stellung genommen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Notverordnungen, die unter besonderer Verantwortlichkeit der ehemaligen Führer der christlichen Gewerkschaften, der Herren Brüning und Stegerwald, erlassen worden sind, von diesen selbst im Laufe des bisherigen Wahlkampfes mehrfach als Beweis ihrer Tatkraft und ihres Mannesmuten bewertet, als Mißbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung zustande gekommen und somit auch als ungewöhnliche Diktaturgesetze zu charakterisieren sind. Alle in Frage kommenden diktatorischen Notverordnungen gipfeln in Schonung der Besitzenden und schonungsloser Belastung der geringen Einkommen. Rücksichtslose Abwälzung aller Lasten auf die Schichten des Volkes, die ohnedies durch die furchtbare Arbeitslosigkeit die schwersten Notopfer zu tragen haben. Löhne und Kaufkraft der breiten Massen sind gesenkt worden und sollen nach den Absichten der reichsten Ausbeuter der deutschen Arbeiterschaft noch tiefer gesenkt werden. Die Sozialversicherung ist trotz des entschiedenen Widerstandes der sozialistischen Arbeitervertreter im Reichstag und der früheren sozialistischen Vertreter in der Reichsregierung, die nur diesbezüglich im März d. J. ihre Zustimmung im Reichskabinett versagten, auf Kosten der Arbeitslosen und Kranken verschlechtert worden. Nicht unbeachtet kann und darf hier bleiben, daß neben den sozialpolitischen Gründen, die seinerzeit die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei zu einer Lösung der Regierungskoalition drängten, noch die moralische Verpflichtung maßgebend war, die Arbeitslosen nicht noch durch die Begründung der damaligen Regierungsvorlage für eine „Reform“ der Arbeitslosenversicherung zu beleidigen. Schon in Nr. 45 des „Korr.“ vom 4. Juni d. J. haben wir in dem Bericht über eine öffentliche Kundgebung der Führer der freien Gewerkschaften am 30. Mai d. J. festgehalten, daß der Vorsitzende des ADG, Peter Graumann, gegenüber vorausgegangenen sehr zweideutigen Ausführungen des Reichsarbeitsministers Stegerwald noch während dessen Anwesenheit feststellte, daß die frühere Regierungskoalition nicht an der Beitragsfrage für die Arbeitslosenversicherung zerbrochen sei, wie dies

aus den Ausführungen des Reichsarbeitsministers gefolgert werden könnte, sondern nur deshalb, weil unter den grundsätzlichen Bedingungen für eine Einigung der Regierungsparteien die Notwendigkeit eines Abbaues der Leistungen der Arbeitslosenversicherung mit einer Hebung der Arbeitsmoral begründet werden sollte. Einer solchen Beleidigung der Arbeitslosen konnten sich die Vertreter der stärksten Partei der Arbeiterschaft in der Reichsregierung nicht schuldig machen.

Eine solche Verhöhnung der Arbeitslosen mußten sie den parlamentarischen Söldlingen der privat-

sozial wie wirtschaftlich berechtigten Finanzreform gefehlt hat, Reichszanzler Brüning und Reichsarbeitsminister Stegerwald es aber nicht als Pflicht ihrer christlichen Weltanschauung betrachteten, dem reaktionären Druck der privatkapitalistischen „Wirtschaftsführer“ Seite an Seite mit den Sozialdemokraten einen Gegenruck mit Hilfe der gesamten deutschen Arbeiterschaft entgegenzusetzen, gilt es jetzt am 14. September, dafür zu sorgen, daß die sozialdemokratische Vertretung im neuen Reichstag so stark wird, daß ohne deren Zustimmung oder Mitwirkung kein wichtiges Gesetz mehr beschloffen werden kann. Wie war, wie auch Theodor Leipart kürzlich in einem Aufsatz mit Recht ausführte, der intime Zusammenhang zwischen der ökonomischen Lage der Arbeiterschaft als Klasse und der politischen Machtverteilung offenkundiger als in den großen Kämpfen der Gegenwart. Das Wort vom „politischen Lohn“, von Unternehmenseite geprägt, hat durch die von dem christlichen Reichsarbeitsminister ausgesprochene Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches von Deynhäusen, der dem Lohnabbau die Wege ebnet, eine noch tiefere Bedeutung bekommen.

Das gilt auch für uns Buchdrucker, die erst dieser Tage durch eine Klage des Deutschen Buchdrucker-Vereins und des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer gegen den Verbandsvorstand und den Vorstand unseres Berliner Gaues vor dem Berliner Arbeitsgericht u. a. durch Geld- oder Haftstrafen (warum nicht Zuchthaus?) dazu verurteilt werden sollen, es zu unterlassen, Arbeiter und Arbeitslose aufzufordern, daß sie keine Arbeit nur zum Tariflohn oder unter den bisherigen üblichen Betriebslöhnen annehmen, und keinerlei Unterstützung, auch nicht Gemäßregeltenunterstützung, an Arbeiter zu bezahlen, die Stellungungen zu niedrigeren Löhnen ablehnen! Wir sind zwar weit von der Annahme entfernt, daß sich das Berliner Arbeitsgericht zu solchen reaktionären Handlungsdiensten für einen mit § 32 des Tarifs in Widerspruch stehenden, von Unternehmenseite organisierten Lohnabbau hergeben wird. Noch weniger nehmen wir an, daß sich ein Arbeitsrichter finden wird, der die erst durch dieses organisierte Vorgehen des Deutschen Buchdrucker-Vereins hervorgerufene Abwehr unserer Organisation gegen solche tarifwidrigen Tendenzen antragsgemäß mit Geld- oder gar mit Haftstrafen belegen wird. Wir geben hiermit von dieser am 27. August d. J. vom Deutschen Buchdrucker-Verein offiziell eingereichten Klage gegen den Verband der Deutschen Buchdrucker, die unsern Hauptvorstand erst am 10. September, also vier Tage vor der Reichstagswahl bekanntgeworden ist, der gesamten deutschen Kollegenchaft in diesem Rahmen Kenntnis, weil dieses Beispiel sozusagen aus dem Handgelenk heraus beweist, wohin es führen könnte, wenn der 14. September nicht die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf dem Posten fände. Und den Buchdrucker möchten wir kennen lernen, der daraus nicht die einzig mögliche Schlussfolgerung ziehen würde, daß er seine Stimme nur einer solchen politischen Partei geben kann, die es von allen Parteien mit der Masse des deutschen Volkes und seiner Arbeiterschaft am ehrlichsten meint. Und das gilt nach allen Erfahrungen nur für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands!



Gegen Diktatur und Reaktion

kapitalistischen Ausbeuter der deutschen Arbeiterschaft überlassen. Denn der Einfluß des reaktionären Unternehmertums, der Großgrundbesitzer und der Pensionäre der ehemaligen Offizierskaste, denen das deutsche Volk seine Kriegslasten, seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Not zu verdanken hat, verkörpert sich in dieser Situation, die zur Auflösung des alten und zur jetzt fälligen Wahl eines neuen Reichstags geführt hat. Und noch hat der heutige Reichszanzler und ehemalige Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften die mehrfach öffentlich an ihn gerichtete Frage, ob er gewillt sei, den neuen Reichstag auch dann als maßgebend anzuerkennen, wenn dessen Zusammensetzung seinen Wünschen nicht entspricht, noch nicht einwandfrei und klar beantwortet. Zwar kann nach Artikel 25 der Reichsverfassung der Reichstag aus dem gleichen Anlaß nur einmal aufgelöst werden; aber es ist bei der allzu weitherzigen Formulierung anderer diesbezüglicher Artikel der Reichsverfassung nicht unmöglich, unter gleichen Verhältnissen auch den neuen Reichstag, wenn auch mit anderer Begründung, abermals aufzulösen. Da es vor Auflösung des Reichstags am 18. Juli d. J. nicht an praktischen durchführbaren Vorschlägen der Sozialdemokratischen Partei zur Durchführung einer gesunden,

Gewerkschaften und Reichstagswahlen

Die Beziehungen der freien Gewerkschaften zu den parlamentarischen Wahlen sind notwendigerweise zugleich Beziehungen zu den Parteien. Das zwingt die freien Gewerkschaften im Interesse der Erfüllung ihrer Aufgaben zur politischen Abgrenzung, zur Förderung jener Partei, die ihre gewerkschaftlichen Forderungen politisch vertritt und zum Widerstand gegen alle andern Parteien. Alle Parteien müssen, von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, gewogen und die zu leicht befundenen beiseite gelassen werden. Für die freien Gewerkschaften ergibt diese Prüfung eine eindeutige Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei, die auf Grund ihrer Machtstellung im Staat, ihrer politischen Handlungen und ihres sozialen Ideengehalts dieser Unterstützung allein würdig ist.

Diese Sympathie gilt jedoch nicht nur für die Notwendigkeiten des politischen Kampfes, sondern weit darüber hinaus umfaßt sie auch das große sozialistische Ziel der Arbeiterklasse. Obwohl hier im einzelnen nicht darauf eingegangen werden kann, sei doch erwähnt, daß die Genossenschaftsbewegung die dritte Säule des proletarischen Befreiungskampfes darstellt. Die Gemeinsamkeit des Zieles ist so alt wie diese Bewegungen selbst und ihre Ursprung war eine gleichartige ökonomische Situation. Im Mai 1863 gründete Ferdinand Lassalle den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“, während August Bebel bald in dem im Juni 1863 gegründeten „Verband deutscher Arbeitervereine“ sozialistisch zu wirken begann. Nach mancherlei Wirnissen entstand 1875 die Sozialdemokratie daraus. Schon 1884 begannen die biedereren Rodbaler Pioniere mit dem genossenschaftlichen Wirken, nachdem der Philantrop Robert Owen in seinem Unternehmen in New-Lanark ab 1807 neben vielen andern sozialen Maßnahmen auch genossenschaftliche Verkaufsstellen errichtet hatte, während in den Stürmen von 1848 unter Führung des geistvollen Schriftstellers Stephan Born die Ansätze zu dauernder gewerkschaftlicher Organisation durch Gründung von „Arbeiterklubs“, die bald in der Organisation „Arbeiterverbrüderung“ zusammengefaßt wurden, gemacht wurden, die bei den Buchdruckern, deren erste organisatorischen Regungen noch viel weiter zurückzuführen, auf besonders günstigen Boden fielen. Aber erst die jetzigen Jahre wurden zur eigentlichen „Gründerzeit“ der Gewerkschaften.

Diese Bewegungen und ihre Entwicklung waren die Folge des aufstrebenden industriellen Kapitalismus, der alles in sein brutales Joch zwang und dessen ungeheurer ökonomischer Aufschwung um die Wende des 18. Jahrhunderts auf den Leibern eines dadurch geistig und körperlich verkommenden Proletariats erfolgte. Friedrich Engels schilderte das für England in seinem 1845 erschienenen Buch „Lage der arbeitenden Klasse in England, in ganzer Gauenhaftigkeit, aber auch in Deutschland und da besonders in den industriellen Rheinland, Schlesien und Sachsen herrschenden gleiche Zustände. Bereits 1826 wurde dem preussischen König Friedrich Wilhelm III. gemeldet, die rheinischen Fabrikdistrikte seien nicht in der Lage, ihr Kettenkontingent auszubringen, weil die Kinderarbeit in allen Industriezweigen, die Kinder von vier Jahren an täglich 10 bis 14 Stunden ausbeutend, ein verkrüppeltes, militäruntüchtiges Gesindel erzeugt hatte. Aber erst 1839 entstand das erste Kinderschutzgesetz, das verbot, Kinder unter neun Jahren in Fabriken zu beschäftigen, das die Arbeitszeit für Jugendliche von 9 bis 16 Jahren auf zehn Stunden herabsetzt, während alle übrigen ohne jede Begrenzung der Arbeitszeit schaffen mußten. So wird noch aus dieser Zeit berichtet, daß Arbeiter, um den Gang der Maschine zu erhalten, ihr Essen in einer umgehängten Blechbüchse trugen und während der Arbeit ab und zu daraus stießen. Erst 1848 wird das Truhsystem aufgehoben. Für die jungen Kollegen und Lehrlinge besonders lehrreich ist ein Vergleich über Jugendbeschäftigung und Stärke der Arbeiterbewegung, aus dem ersichtlich ist, daß je stärker diese, um so größer der Schutz der Jugend ist.

Land	Gesetzliche Arbeitszeit	ist das Alter von
Deutschland	8 Stunden	14—16 Jahren
Italien	8 1/2—11 Stunden	12—15 Jahren
Österreich	8 Stunden	14—18 Jahren
Rumänien	8—10 Stunden	11—18 Jahren
Ungarn	8—10 Stunden	14—16 Jahren
Vereinigte Staaten	8—11 Stunden	14—18 Jahren
<i>(je nach den verschiedenen Bundesstaaten)</i>		
Japan	12 Stunden	12—15 Jahren
Australien	8 1/2—10 Stunden	14—18 Jahren

(In Japan und Australien herrscht im wesentlichen der Frühkapitalismus. Australien weist aber eine starke Arbeiterbewegung auf. Daher der bemerkenswerte Unterschied.)

Ähnlich fällt der Vergleich aus mit Ländern, die gegenwärtig in dem wirtschaftlichen Zustand sind, in dem Deutschland sich vor rund hundert Jahren befand. In China gibt es erst Ansätze von Gewerkschaften, deshalb ist jeder zehnte Tag erst Ruhetag, deshalb beträgt der Lohn eines Arbeiters monatlich bis herab zu 7 bis 9 Mt. bei 14 bis 15-stündiger Arbeitszeit. Alles, was die deutsche Arbeiterklasse mehr erreicht hat — und das ist in diesem Verhältnis doch recht annehmbar —, hat sie nur erkämpft durch die Macht ihrer Organisationen — und sie wird es nur erhalten und ausbauen können, wenn sie ihre Organisationen erhält und ausbaut. Deshalb hat die Arbeiterklasse alle Ursache, das, was nicht nur die Mühe, sondern auch das Blut vieler tapferer Männer gekostet hat, zu schützen. Wer immer die Gewerkschaft bekämpft, wer sie schwächen oder spalten will, ist ihr Feind. Denn er will die Verhältnisse auf den Stand vor hundert Jahren oder auf den chinesischen Kultus herabdrücken. Das gilt für das Unternehmertum und seine Parteien, die Faschisten wie die Kommunisten. Die Abwehr gegen diese fürchterliche Ausbeutung zerbrach

sich zunächst in wilden, unüberlegten Empörungen, ab 1769 in der luddischen Maschinenfällerei in England, in den dreißiger Jahren in Wachen und Cuxen, 1792 und 1844 bei den schlesischen Webern, in Puffen, Verschwörungen und planlosen Aufständen, 1796 in der verzerrten Verschwörung Babeufs, 1831 in der Empörung der Lyoner Seidenweber, 1839 in der Verschwörung Blanquis, 1842 war die Agitation des Schneidergesellen Wilhelm Weitlings, eines Magdeburgers, eine religiös-verkeimte, verschwommen-sozialistische Bewegung, auf ihrem Höhepunkt. 1844 begann der moderne, wissenschaftliche Sozialismus seine Fügung zu entfalten, in den deutsch-französischen Jahrbüchern begründet von Karl Marx, der vier Jahre später in glänzender Darlegung das Proletariat die modernen Kampfziele und Kampfformen lehrt in dem kommunistischen Manifest, der Geburtsurkunde des modernen Sozialismus. Aber noch 18 Jahre später mußte sich Marx gegen die anarchoistischen Fuchstheorien eines Bakunin wehren und die erste Internationale zerbrach daran.

Heute steht die Arbeiterbewegung als gigantischer Bau, ja als eine der großen gesellschaftlichen Mächte der Erde vor uns. Aber wiederum hat das Proletariat alle Ursache, sich gegen jene zu wehren, die heute noch mit Puffen, gemachten Revolutionen und mit individuellem Terror die Arbeiterbewegung um Jahrzehnte zurückwerfen wollen.

Durch die wachsende Macht von Partei und Gewerkschaft mußten ihre Aufgaben so weit an, daß sie einander beeinträchtigten. Immer deutlicher zeichnet sich die wirtschafts- und sozialpolitische Notwendigkeit des Miteinanderarbeitens ab. Leider hat, hervorgerufen durch den Weltkrieg und die Spaltung der Arbeiterklasse, ein neuer, jetzt allerdings abklingender und auf der primitivsten Geistesstufe befindlicher Störungsfaktor auf: die KPD. In dieser Situation scheint es aber wesentlich, den Vermittlungsstimmungen, der einzigen noch wirksamen sozialen Kraftquelle der KPD, durch der Nachweis der Schädlichkeit bolschewistischer Gewerkschaftsstrategie entgegenzutreten. Vor allem äußerte sich diese in der erzwungenen äußeren politischen Neutralität der Gewerkschaften, nicht minder aber in den wesentlichen Parolen, die auch auf gewerkschaftlichem Gebiet das Motto: „Kein — — — thut — — — sein — — — raus — — — aber immer mit Kraft“, tragen. Wir wollen das an einigen originalen kommunistischen Quellen eingehender nachweisen. Im September 1919 erschien unter dem Anonymus Arnold Strubahn (Karl Kabe) die Broschüre „Entwicklung der deutschen Revolution“, parteioffiziell herausgegeben. Darin heißt es: „Eine wirtschaftliche Organisation ohne große Massen ist ein Unbeing, und deshalb ist die Spaltungspartole auf gewerkschaftlichem Gebiet reaktionär...“

Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale Juli/August 1920 beschloß aber bereits in seinen Leitlinien zur Gewerkschaftsfrage: „Da die kommunistische Ziel und Ziel der Gewerkschaftsorganisationen höher stehen als die der Arbeiterpartei, so ist eine Spaltung nicht zurückzuführen...“, und nach der „Iswesija“ vom 10. August 1920 erhielt die kommunistische Delegation zum internationalen Metallarbeiterkongreß in Kopenhagen den Auftrag, für Austritt aus den Gewerkschaften und unbedingt für Spaltung zugunsten der Roten Gewerkschaftsinternationale zu wirken.

Der III. Kongreß der K. I. im Juli 1921 wiederum beschloß: „In Deutschland ist die Partei auf dem besten Wege, allmählich die Gewerkschaften zu gewinnen. Auf keinen Fall sollen den Anhängern der Parole „Heraus aus den Gewerkschaften“ Konzessionen gemacht werden.“ Prompt beschloß darauf der Parteitag der KPD. im August 1921: „Parteilmitglieder, die für den Austritt aus den Gewerkschaften Propaganda machen, verstoßen gegen grundlegende Parteibeschlüsse und sind aus der Partei auszuschließen.“

Wiederum kam eine Wendung. Am 10. Mai 1924 erließ das Zentralkomitee der KPD. einen Aufruf, in dem es heißt: „Kampf bis aufs Messer der ganzen Sozialdemokratie...“, deshalb die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften verurteilt.“

Bereits im August 1925 kam ein Brief vom Exekutivkomitee der K. I., der die Abweisung der damaligen Führergarnitur bewirkte und der u. a. folgendes enthielt: „Die gewerkschaftsfeindliche Propaganda in den Reihen der Partei wurde nicht genügend bekämpft... und der Kampf um die Einheit der Gewerkschaften ist ein Teil der bolschewistischen Strategie...“

Der VI. Kongreß der K. I. 1928 beschloß: „... in günstiger Situation den Kampf auch gegen den Willen der reformistischen Bürokratie führen...“ und „... Austritt der eroberten Lokalorganisationen und Anschluß an die revolutionäre Gewerkschaftsvereinigung, das sind die Aufgaben, die auf der Tagesordnung stehen.“

Schließlich äußerte Ernst Thälmann auf dem XII. Parteitag der KPD. im Juni 1929: „Der Kampf gegen den (gewerkschaftlichen) Reformismus sei nicht nur ein taktisches, sondern auch ein organisatorisches Problem (eigne Streikleitungen usw.)“, aber auch der Gewerkschafts-„Spezialist“ Werker übersehlich sich in reaktionären Gewerkschaftsorganisationen, insbesondere in der Forderung nach Aufstellung von Betriebsratslisten gegen die freien Gewerkschaften. Die Erfolge dieser Taktik waren aber so „gigantisch“, daß das Zentralkomitee der KPD. auf seiner Märztagung 1930 bremste und Hermann Kemme einen Artikel unter der bezeichnenden Überschrift „Schritt halten“ veröffentlichte, mit der Tendenz, diese „neue“ Taktik zu mildern.

Diese Aneinanderrettung von kommunistischen Fäulnissen bedarf keines Kommentars, denn sie sind ein zu deutlicher Ausdruck politischer Trunkenheit. Möge jeder denkende

Arbeiter daraus erkennen, daß es höchste Zeit ist, mit diesem Spul aufzuräumen — und zwar reiflos aufzuräumen, denn es handelt sich hierbei zunächst um einen Akt der Notwehr. Das gilt für die politische Wahl wie auch für die gewerkschaftliche Praxis.

Aber die freien Gewerkschaften müssen sich auch aus wesentlichen andern Gründen in das politische Getriebe einschalten, denn „Politik ist“, wie der Bolschewist Bukharin treffend formulierte, „konzentrierte Ökonomie“. Und bereits Marx hat 1871 in einem Brief an F. Bolte (USA) die enge Verbindung von Wirtschaft und Politik folgendermaßen aufgezeigt: „Der Versuch, sich in einer einzelnen Fabrik oder auch einem einzelnen Gewerke (Beruf) durch Streik usw. von den Kapitalisten eine Beschränkung der Arbeitszeit zu erzwingen, ist eine rein ökonomische Bewegung; dagegen ein Achtstundentag-usw.-gesetz erzwingen, ist eine politische Bewegung. Und in dieser Weise wächst überall aus den verstreuten ökonomischen Bewegungen der Arbeiter eine politische Bewegung hervor.“

Steigende Macht der Arbeiterklasse bedeutet steigende Politisierung der Gewerkschaften, denn alle ihre Forderungen nehmen durch Umfang und Bedeutung politischen Charakter an und beginnen in ersten Anfängen das Gesicht der Gesellschaft zu formen. Es sei nur an die Sozialgesetzgebung, an Zölle, Schlichtungsstellen, Arbeitsgerichtsbarkeit, Achtstundentag (Washingtoner Abkommen), Technische Notfälle, Lohnsteuer, Jugendbeschäftigung, an die in Vorbereitung befindlichen Gesetze zur Berufsausbildung und zum Arbeitsschutz u. a. m. erinnert. Überhaupt vermag die Arbeiterklasse wider die steigende ökonomische Macht des Kapitals nur durch Steigerung ihrer politischen Macht aufzukommen. Hier soll und kann nicht auf die enge Verflechtung gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Probleme eingegangen werden, obwohl die Lohnhöhe des Kolonialarbeiters, sei er gelb, braun oder schwarz, ihre Wirkung auf die Lohnhöhe auch des deutschen Arbeiters hat, obwohl durch internationale Vertrauens- und Monopolbildung Gewinnverflechtung, Steuerflucht und Preistreiber die Arbeiter neue Belastungen erleiden, daß also die weltpolitischen Zusammenhänge sozusagen bis in den Kaffeetopf (man denke nur an die Bemühungen, den Preis brasilianischer Kaffees zu steigern) oftmals schmerzhaft wirksam sind. Soll nicht weiteres Unheil geschehen, dann muß schnellstens eine planwirtschaftliche Regelung der Produktion erfolgen, sollen nicht noch mehr Menschen am Rande der Gesellschaft verkommen, weil die Menschheit zu reich ist — jawohl, weil sie zu reich ist, denn die Weltkrise ist hervorgerufen durch Überproduktion, dann müssen wir auf Sozialisierung drängen; d. h. als nächstes, sozialdemokratisch wählen.

Gewiß stehen bei dieser Wahl innerpolitische Probleme im Vordergrund; Demokratie, Steuerfragen, Sozialgesetzgebung, aber die Frontstellung: Die Kapitalie, die Arbeit, konnte erst nach Abschluß der außerpolitischen Wirralie diese Festigkeit annehmen. Zuerst geht es am 14. September um die Beseitigung der kapitalistischen Diktatur, gegen die mißbräuchliche Benutzung des Artikels 48 der Reichsverfassung, und dem schließlich sich unmittelbar an der Kampf um die Arbeitslosenversicherung, wobei es geradezu grotesk wirkt, wenn die Kommunisten sich als ihre alleinige Stütze hinstellen, obwohl sie gegen ihre Einführung 1927 stimmten. Es geht um Kopfsteuer oder Beschlagnahme, um die Frage, ob bei den Kranken, den Schwangeren, durch Wegfall der Lohnsteuererleichterung, durch Beseitigung der Genossenschaften, durch unerhörte Rotoper der Arbeitslosen, kurz, ob bei diesen gepart werden soll oder ob man kräftigen Schultern auch kräftige Lasten auferlegt.

Nicht das in allen Zeitungen Nachlesbare an Tagespolitik sollte hier geizig werden, sondern ein umfassender Rahmen und die in ihm wirkenden lebendigen Kräfte. Alle sollten erkennen, daß der Sieg der Arbeiterklasse am 14. September eine Voraussetzung hat — sozialdemokratisch zu wählen!

Leipzig.

Werner Jörn.

„Religiöse Lokalität in den Gewerkschaften“

Viele Kollegen werden gleich mir mit Freuden begrüßt haben, daß im Hinblick auf die Reichstagswahlen, durch den Abdruck des Artikels von Richard Timm, eine äußerst wichtige Frage auch mal wieder im „Kor.“ (Nr. 71) zur Erörterung kam. Wenn ich zum gleichen Thema einiges Grundfäßliche hinzuzufügen habe, so beachtliche ich damit, auch dem sehnlichen Wunsch einer gewiß beachtlichen Anzahl religiös eingestellter Kollegen nach einer geschlossenen großen Front der gesamten Arbeiterklasse gegenüber dem Leib und Seelen mordenden Kapitalismus Ausdruck zu verleihen.

Einige Jahrzehnte hindurch erlebte ich bei Konditionen in den verschiedenen Gegenden Deutschlands, daß mir und vielen andern überzeugten Christen in der Mitgliedschaft bei den freien Gewerkschaften keinerlei Schwierigkeiten in weltanschaulicher Hinsicht entgegentraten, vielmehr aktive Mitarbeit religiös durchdrungenen Charaktere gern begrüßt wurde. Es ist unwahrscheinlich und deshalb unchristlich, wenn ausbrennend von seiten der „christlichen“ Gewerkschaften und den verschiedenen konfessionellen Arbeitervereinen behauptet wird, ein Christ könne unbedenklicher Befandlungen werden unmöglich freier Gewerkschaftler sein. Noch heute wird damit in christlichen Kreisen besonders jungen Arbeitern Angst vor den freien Gewerkschaften gemacht. Es ist richtig, daß die kircheneigenen Arbeitervereine für „Friedmolekelen“ kein Verständnis hat und Menschen, deren Christentum sich nur in Fettschfragen erschöpft, mit Recht Spott davontragen. Respektvoll und ernst anerkennend wurden aber jederzeit Christen als Kollegen und Gewerk-

schäftsgenossen begrüßt, die gemäß der wahren christlichen Lehre, daß einer des andern Last tragen solle und daß die Sache der Armen, Ausgebeuteten und Unterdrückten ihre Sache sei, wenn sie auch praktisch danach handelten. Niemand verpötte man mich, wenn ich in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen aus religiösen Gründen heraus begründete, daß zur Gestaltung einer neuen, besseren sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auch der Mensch in der Tiefe seiner Seele wahrhaftigem Gemeinschaftsgeist Raum geben muß, wenn Egoismus nicht die Neugestaltung alles Lebens hindern solle. Oft genug fand ich dann Gelegenheit, auch auf die religiösen Quellen sittlich-erneuernder, ewiger Kräfte hinzuweisen zu können, und mancher ehrliche Freidenker, der an der Grenze des Wissens angelangt, an den harten Gegenwartsfragen der wirtschaftlichen und politischen Nöten und Krisen dem Verzweifeln nahe war, wurde so wieder zu neuem mutvollen Kämpfen aufgemuntert. Es ist schon so, nicht Religion und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser, aber bestimmt schließen Religion und Kapitalismus sich, genau betrachtet, einander aus. — Nun, ihr Christen in den „christlichen“ Gewerkschaften, könnt ihr es angeht, der großen Not der Arbeiterschaft noch verantwortlich, jenen politischen Parteien mit „christlichen“ Aushängeschildern bei der Reichstagswahl eure Stimmen zu geben, die im Verein mit der Brüning-Regierung den hilflosen Volksschichten unerträgliche Lasten aufbürden und damit diese in immer größere Armut und Verelendung hineinschleudern? Die religiöse Logik der Gewerkschaften macht es möglich, durch die Gewerkschaftspressen diese Mahnung ergehen zu lassen, die durch jeden wahrhaftigen Christen, der Jesus in der Bitte: „Dein Reich komme, wie im Himmel, also auch auf Erden“, recht verstanden hat, ernstlich befolgt werden müßte. Schließlich möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß schon Zehntausende religiöser Menschen aller Konfessionen, deren Zahl täglich wächst, geführt durch den Bund der religiösen Sozialisten, den Schicksalskampf des Proletariats in den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei als verantwortungsbewußte Genossen mitkämpfen. Auf dem fünften Kongreß der Religiösen Sozialisten im August in Stuttgart wurde in einer Rundgebung folgendes mit festgelegt:

Bei den gegenwärtigen politischen Entscheidungen, auch im Wahlkampf um die neue Zusammenlegung des Reichstages, handelt es sich im besonderen darum, daß die kapitalistisch-bürgerlichen Kreise durch Einschränkung und Aufhebung sozialpolitischer Gesetze den Lebensraum der Arbeiter und Angeketteten einengen wollen. Daburh sollen die wirtschaftlich Abhängigen gezwungen werden, unter den schlechtesten Bedingungen und für den geringsten Lohn ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Soziale Gesetzgebung ist sittliche Forderung für jeden entschlossenen Christen. Es sollte selbstverständliche Aufgabe christlicher Nächstenliebe sein, durch den Ausbau der sozialen Gesetzgebung die Not der Witwen und Waisen, der Alten und Invaliden, der aus dem Wirtschaftskreislauf ausgeschalteten Jugendlichen, der Arbeitslosen und der unter dem Wohnungsseind Leidenben zu lindern, die sich aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zwangsläufig ergibt.

Die bürgerlichen Parteien fordern sogar den Abbau der bisherigen Sozialleistungen. Auch das „christliche“ Zentrum, die „christliche“ bayerische Volkspartei, der „christlich-soziale Volksdienst“ stehen auf der Seite der sozialen Reaktion. —

Darum keine Stimme den bürgerlichen Parteien, helfe ein jeder die Front der Arbeiterschaft zu vergrößern, wählt am 14. September nur die Liste 1 der Sozialdemokratie, der Partei aller Hand- und Kopfarbeiter.

C. M a n d e (Mannheim).

Schürt die Flamme...

Seid auf der Hut!
Schürer die heilige innere Flamme
zu hellster Glut!

Dann erst wird's Tag,
wenn auch der Letzte das Joch, das ihn drückte,
mutvoll zerbrach!

Glaub, daß es geht,
Stunden der Pein euch in Sonne zu wandeln,
wenn ihr's versteht...

Volk lebt in Not!
Allen, die darben, Erleichterung bringen,
heißt das Gebot.

Freiheit und Recht!
Nicht Diktatur und Ermordung der Massen —
Niemand sei Knecht!

Saß rings umher!
Liebe soll herrschen bei allen, die schaffen —
Setz euch zur Wehr!

Die Republik
Kann nur durch Fortschritt des Ganzen gedeihen.
Vorwärts den Blick...

Aus Nacht zum Licht
Ist uns der Vorsatz, den Sieg zu erringen...
Saltet Gericht!

Arthur Stahl (Münberg)

Die wählende Jugend

Nur noch eine kurze Zeitspanne und wieder tritt der Reichstag in neuer Formation an. Wir wollen hier keine Prognose stellen, wie die Befehle ausfallen wird, wir wollen uns als einer der jungen Buchdrucker- und Schriftsetzer-Generation mit den Wahlpflichten beschäftigen, die uns in die Hände gelegt sind. Erstens müssen wir uns in Erinnerung bringen, daß die Pflicht, von 20 Jahren ab zu wählen, eine Erziehungssache der Arbeiterregierung unter Ebert und Scheidemann ist: also ein republikanischer Fortschritt. Das vergaßen und vergessen viele ob andern Dingen, die in wirtschaftspolitischen Hinsicht lange nicht die Bedeutung haben, wie die Wahlpflicht. Zweitens müssen wir feststellen, daß es nicht wahr ist, zu sagen, unsere Jugend sei „politisch“ passiv. Die allgemeine Jugend ist es nicht. Man sehe sich in den Stahlhelm, nationalsozialistischen wie kommunistischen Kreisen um, und man wird feststellen müssen, daß man gerade dort politisch (Politik, wie man es in jenen Kreisen versteht) sehr regsam ist. Allerdings diese Art und Weise von Politik, die arbeiterinteressen- und gewerkschaftspolitisch feindlich sich gebärde, kann natürlich nicht die ureigene sein. Wir haben andere Interessen zu vertreten: wie die Erzielung besserer wirtschaftlicher Lage der Arbeiterschaft, den Kampf gegen die menschenunwürdige „Nationalisierung“, das Arbeitslosenelend zu steuern und gegen alle mittelständischen und rechtsseitigen Diktaturgefühle proletarischen Widerstand zu leisten. Wir vermögen das alles, wir Jungen, wenn wir uns einig sind in dem einen Programmziel: Der Gewerkschaft, deren Absichten wir in dieser Notzeit leider nur zu sehr übersehen, mit der Ausübung untrer politischen Pflichten einen im Allgemein-

interesse liegenden Dienst zu erweisen: die große Arbeiterpartei, die sozialdemokratische, mit allem Stimmentgelt zu wählen. Hierin müssen wir uns einig sein und nicht jenen Extremen folgen, die nur Extremes, aber nicht wahrhaft Dauerndes, nicht wahrhaft Gesundes bieten können. Man vergleiche nur deren bisher dürftige, meistens theoretische Erfolge mit den praktischen Erfolgen der eigentlichen Belpartei und man wird wissen, welchen Weg die Arbeiterjugend zu gehen hat. Ans Werk!

R. S. L. (Frankfurt a. M.).

Verleumdungen der freien Gewerkschaften

In schlagwortartiger Aufmachung werden in der arbeiterfeindlichen Presse aus Nr. 30 der „Gewerkschaftszeitung“ veröffentlichten Angaben über den Stand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1929 die Ausgabenposten für Unterstühtungen und Verwaltung herausgegriffen, um durch die Gegenüberstellung beider Zahlen zu zeigen, wie gering die Summen sind, die den Mitgliedern an Unterstühtung gezahlt werden im Verhältnis zu den großen Gehältern, welche die „SPD-Bonzen“ in den freien Gewerkschaften beziehen. Diese demagogische Ausnubung von zwei Ausgabenposten aus einem Kassensbericht, der mit 221,7 Millionen Mark Einnahme und einer Ausgabe von 202,9 Millionen Mark abschließt, soll natürlich — wie schon die Anwendung des Ausdrucks „SPD-Bonzen“ auf die Gewerkschaftsfunktionäre zeigt, zur Verunglimpfung der Sozialdemokratischen Partei im Wahlkampf dienen, und da kommt es den Wahlmachern ihrer Gegner selbstverständlich gar nicht darauf an, ob die Auswertung von Zahlen in diesem üblen Sinn irgendeine sachliche Berechtigung hat.

Bei den Ausgaben der Gewerkschaften einen Vergleich zu ziehen zwischen Unterstühtungsausgaben und Verwaltungskosten, um das ungünstige Verhältnis beider Ausgabenposten zueinander zu zeigen, ist schon an sich sinnwidrig, weil die Gewerkschaften keine Versicherungseinrichtungen wie z. B. die Krankenkassen sind, sondern Kampforganisationen der Arbeiterschaft zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen bzw. zur Wahrung ihrer Lebensinteressen gegen das Unternehmertum. Der hauptsächlichste Teil des Organisationsapparates dient diesem Zweck. Jedes Mitglied der freien Gewerkschaften weiß, daß ihre Unterstühtungseinrichtungen nicht als ihr eigentlicher Zweck, sondern nur als Hilfsmittel in dem Ringen um eine höhere materielle und kulturelle Lebenslage der Arbeiterschaft zu gelten haben. Ein Vergleich zwischen den Mitteln, welche die Gewerkschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen bzw. den Kosten ihres Organisationsapparates und dem Nutzen, den die Mitglieder durch ihre wirtschaftliche Organisation haben, kann nur im Hinblick auf die durch die gewerkschaftlichen Kämpfe erzielte Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen angeestellt werden, ferner auf die Vorteile aus der ausgedehnten und erfolgreichen Rechtshuktätigkeit der freien Gewerkschaften.

Aber ganz abgesehen von dieser grundsätzlichen Anschauung über das Wesen und die eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften läßt die Art, wie die herausgegriffenen Zahlen von der gegnerischen Presse verwertet werden, nur zu deutlich die damit beabsichtigte Täuschung leichtgläubiger Leser erkennen. Die 86,79 Millionen Mark an Unterstühtungen können nicht, wie es geschieht, auf 4 1/2 Millionen Mitglieder bezogen werden, sondern es kommt bei der Genähung von Unterstühtung nur die sehr viel geringere Zahl von Mitgliedern in Betracht, an die Unterstühtung gezahlt worden ist. Damit gewinnt aber die Gesamtsumme an Unterstühtung in ihrer sozialen Tragweite eine ganz andere Bedeutung. Und die angezogenen 58,77 Millionen Mark wurden auch nicht allein an Gehältern für die „SPD-Bonzen“ verausgabt, sondern reichlich über ein

Wie steht es um den Buchdruck?

Die langanhaltende starke Arbeitslosigkeit gibt den davon Betroffenen ebenso wie den davon Bedrohten Veranlassung genug, sich mit den Ursachen dieser Krisenercheinung zu beschäftigen. Dabei ist es dann selbstverständlich, daß versucht wird, neben den wirtschaftlichen Gründen auch die Folgen der technischen Rationalisierung wie der technischen Entwicklung an sich und die Entstehung neuer Arbeitsverfahren in ihrem Einfluß auf die Arbeitsmarktgestaltung zu umschreiben.

Für die im Buchdruckgewerbe Beschäftigten oder darin ihr Brot Suchenden ist aus den vorgenannten Gründen die Frage von Bedeutung, welchen Einfluß der Aufschwung des Druckmaschinenbaues, die Einführung neuer Zureichmethoden, die Verwendung automatischer Wogenszuführen und schließlich die benachbarten Druckerfahren auf die Entfaltung oder Eindämmung des Beschäftigungsgrades ausgeübt haben. Und da unter dem Zwang der wirtschaftlichen Depression jeder Betrieb die krampfhaftesten Versuche macht, seine Einrichtungen bis zur äußersten Grenze ihrer Eignung auszunutzen, entsteht für den oberflächlichen Betrachter oft ein falsches Bild von den wirklichen Ursachen der Arbeitslosigkeit. Ursache und Wirkung wird oft verwechselt.

Wenden wir beim Buchdruck, Druckereien, die in normalen Zeiten aus Gründen der Rationalisierung, der Wirtschaftlichkeit, der wirklichen Qualitätsleistung streng darauf achteten, daß jeder Druckauftrag in dem dafür am besten geeigneten Verfahren zur Ausführung kam, die, um ihre Kunden voll zu befriedigen und sie sich dadurch zu erhalten, es als selbstverständlich betrachteten, daß für Buchdruck

wenig geeignete Arbeiten an eine Offset- oder Tiefdruckerei weitergegeben wurden, versuchen sich in Krisenzeiten selbst damit. Unter Anwendung neuer oder entsprechender Überarbeitung alter Bildplatten, besonderer Farben und mangelhafter andern Mitteln imitiert man dann Offset- oder Tiefdruck oder irgendein andres Druckerfahren. Umgekehrt ist es natürlich in den Offset- und Tiefdruckereien genau so, auch dort wird versucht, jeden Auftrag, selbst unter den schwierigsten Umständen, mit den eignen Einrichtungen auszuführen, um Personal und Maschinen zu beschäftigen, den Betrieb wenigstens notdürftig im Gang zu erhalten, die auch während der Betriebsruhe weiterlaufenden Generalspeisen zum Teil zu beden usw. Dabei kommt es dann gar nicht so sehr auf die absolute Rentabilität in jedem Einzelfall an. Die großen Maschinen usw. stehen nur halbausgenutzt da und müssen verzinst werden. Selbst wenn daher eine unter erschwerten Umständen ausgeführte Arbeit keinen direkten Geschäftsgewinn abwirft, trägt sie doch durch das Hereinbringen eines gewissen Lohnanteils etwas zur Erleichterung des Geschäftsganges bei. Wir sehen also, daß die Krise aus der verständlichen Absicht, sich mit allen verfügbaren Mitteln darüber hinwegzuhelfen, für andre Kreise noch verschärft wird. Und weiter wird durch derartige Maßnahmen einzelner Betriebe, die sich ja selbstverständlich an mehreren Stellen wiederholen, der Eindruck erweckt, als liege die Ursache zur Krise in der Abwanderung eines Teiles der Arbeiten in andre Techniken begründet. Dieses Verwechseln von Ursache und Wirkung führt dann leicht zu einer Überschätzung der Krisenwirkung und vor allem der Krisendauer. Man kommt dann meist zu dem Schluß, daß, um bei unserem Beispiel zu bleiben, der Buchdruck dauernden Schaden

davontragen werde durch das Abwandern von Buchdruckarbeiten in den Tief- oder Offsetdruck.

Die psychologische Wirkung solcher Anschauungen ist ungemein stark. Einmal ausgesprochen, finden sie überall Zustimmung und Glauben, werden von den dadurch beunruhigten Kreisen immer von neuem erörtert, weiter verbreitet und helfen so, von allen Seiten immer wieder, die an sich falsche Anschauung festigen.

Es liegt im Wesen der Krise, daß sie durch Verbreitung ungünstiger Gerüchte, durch die bloße Tatsache ihrer Erörterung an Ausbreitung gewinnt. Wir sehen dies an der Börse am deutlichsten. Das oft absichtlich verbreitete falsche Gerücht über die Insolvenz eines Unternehmens, die Nachrich von dem Todesfall einer bekannten Persönlichkeit aus der Wirtschaft oder der Politik eines Landes lassen die Wertpapiere einer bestimmten Industriegruppe, einer Bank oder eines Landes im Werte steigen oder fallen. Wenn sich dann nach einigen Tagen die Bedeutungslosigkeit des Vorganges oder das Unberechtigte einer Meldung herausgestellt hat, dann geht das Papier wieder auf seinen alten Stand zurück. In dem von uns behandelten Beispiel kann aber der glückliche Einfluß des Durchbringens der Wahrheit nicht so schnell in Erscheinung treten, da ja die Gründe für die Abwanderung von Buchdruckarbeiten in den Tief- oder Offsetdruck nicht so klar erkennbar sind. Es wird aber die bloße Verbreitung der Tatsache, daß diese oder jene Zeitschrift, ein großer Katalog oder sonst eine Arbeit abgewandert sind, dazu beitragen, daß die Möglichkeiten der Überführung bestimmter Arbeiten aus der einen in die andre Technik überall erörtert werden. Dabei wird dann in verschiedenen Fällen nach dem Grundsatze: „Was die andern können, das können wir auch“, die Möglichkeit der

Vierteil dieser Summe kam auf lässliche Verwaltungskosten. Den erheblichsten Teil der Verwaltungskosten, und zwar 47,96 Millionen Mark (darunter 12,82 Millionen Mark lässliche Ausgaben) beanspruchten die Bezirks- und Ortsverwaltungen. Hierbei muß in Betracht gezogen werden die gewaltige Ausdehnung des Wirkungsbereiches der freien Gewerkschaften, die neben den Gau- und Bezirksorganisationen im Jahre 1929 insgesamt 13 802 Ortsverwaltungen hatten. Daß bei der ungeheuren Fülle von Arbeit, die innerhalb dieses gewaltigen Organisationsbereiches der freien Gewerkschaften zu leisten ist, von den persönlichen Verwaltungskosten auch noch ein gut Teil als Entschädigungen für nebenamtliche Tätigkeit in Rechnung zu stellen ist, braucht Verleumder der freien Gewerkschaften nicht weiter zu kümmern. Der Zweck der Übung ist ja erfüllt, wenn in einer Schlagzeile gesagt werden kann, daß die freien Gewerkschaften in einem Jahr 58,77 Millionen Mark für Gehälter an die „SPD.-Bonzen“ gezahlt haben.

Wie wenig die Finanzgebard der freien Gewerkschaften das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat, zeigt auch ein Blick auf die Ausgaben einer ihrer gegnerischen gewerkschaftlichen Organisationsrichtungen, der christlichen Gewerkschaften. Bei einer Gesamtausgabe von 20,30 Millionen Mark wendeten diese im Jahre 1929 für Unterhaltungen 6,07 Millionen Mark und für die Verwaltung 5,07 Millionen Mark auf. Von je 100 M. der Gesamtausgabe kamen bei den christlichen Gewerkschaften 34,2 M. auf Unterhaltungen und 24,8 M. auf Verwaltungskosten. Diese anteiligen Beträge betragen dagegen bei den freien Gewerkschaften 42,8 und 28,9 M. Die größere Leistungsfähigkeit der freien Gewerkschaften geht deutlich aus dem viel höheren Betrag an Unterhaltungen hervor. Dagegen weisen die Verwaltungskosten im Verhältnis zu den Gesamtausgaben bei beiden Organisationsrichtungen nicht so erheblich wie bei den Unterhaltungsansgaben voneinander ab. Die relativ höheren Verwaltungskosten der freien Gewerkschaften sind bedingt durch ihren ausgedehnten Wirkungsbereich und die umfangreicheren Aufgaben, die sie gegenüber den christlichen Gewerkschaften zu erfüllen haben.

Um das kapitalistische Wirtschaftssystem

Der Wahlkampf ist nunmehr auf seinen Höhepunkten angelangt. Von allen Seiten werden die Wahlberechtigten umworben. Besonders die bürgerlichen Parteien leisten in Verprechungen Außerordentliches. Und merkwürdig genug, hört man auf einmal von dieser Seite fast nichts mehr von den hohen Soziallasten, dem Abbau der Arbeitslosenversicherung, notwendigen Lohn- und Gehaltsherabsetzungen oder was sonst noch auf sozialpolitischem Gebiet bis kurz vor Eröffnung des Wahlkampfes in der bürgerlichen und Unternehmerpresse täglich Gegenstand beständiger Angriffe war. Im Gegenteil gebärdet man sich durchaus sozial und arbeiterfreundlich, redet von der Anerkennung berechtigter sozialer Einrichtungen und Leistungen, wohlwollender Berücksichtigung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung usw. Freilich kommt dabei plötzliche Wohlwollen nur in recht allgemein gehaltenen Redensarten zum Ausdruck, die viel scheinen, aber zu nichts verpflichten. Man merkt, es geht um die Arbeiter, Angestellten, unteren und mittleren Beamten, die man auf diese Weise einfangen will und nicht vor den Kopf stoßen darf. Ist erst der Wahlkampf vorüber, dann peift der Wind wieder aus einem andern Loch!

Die bürgerlichen Parteien befinden sich in einer üblen Lage. Aus der verhassten Einigung zum gemeinsamen Kampfe gegen den „Marxismus“ ist nichts geworden. Der bei der Deutschnationalen Partei eingetretene Zerfall hat sich nicht aufhalten lassen. Und ob der im demokratischen Lager vor sich gehende Abbröckelungsprozeß durch die

Ereidigung sonst nicht ausgeführter Arbeiten erkannt und scheinbar die Nichtigkeit der Gerüchte, nach denen die Krise im Druckgewerbe durch Abwanderung von Großaufträgen entstanden ist, bewiesen.

Bei Rückkehr geordneter Wirtschaftsverhältnisse, die entweder mit Ablauf der Krise selbst wiederkehren, oder die durch den mit einer großen Wirtschaftskrise verbundenen Aufschubungsprozeß an ungeeigneten Betriebsformen gefördert werden, setzt dann auch wieder der Rücklauf der Arbeiten zu den nach technischen wie wirtschaftlichen Gesichtspunkten dafür in Betracht kommenden Arbeitsverfahren ein. Erst dann also wird wirklich erkennbar sein, wie weit der Buchdruck die Grenzen seines Arbeitsbereichs zurückerleben mußte und welcher Auftragsbestand ihm verblieben ist. Wir brauchen als Angehörige des Buchdruckgewerbes aber auch jetzt schon gar nicht allzusehr beunruhigt sein über die Aussichten für die Zukunft des Gewerbes. Dauernd kann kein Betrieb, kann keine Industrie ohne Gewinn arbeiten, dauernd kann daher auch niemand Arbeiten ausführen, die dem Betrieb wohl Beschäftigung, dem Unternehmen aber keinen Gewinn bringen. Die Grundzüge der Wirtschaftlichkeit werden sich immer wieder durchsetzen und zu guter Letzt fließen alle Aufträge wieder dorthin, wo sie in bester Qualität und am preiswertesten erledigt werden können. Das ist nicht für alle Arbeiter der Buchdruck, das ist von vornherein nicht einmal für bestimmte Gruppen bindend festzulegen, sondern muß von Fall zu Fall unter Berücksichtigung aller Einzelheiten geprüft werden.

In einer weiteren Abhandlung soll versucht werden, das hier angeschnittene Thema von der drucktechnischen Seite aus zu durchdringen. (Schluß folgt.)

Gründung der Deutschen Staatspartei zum Stillstand gebracht wird, steht sehr in Frage. Auch bei den andern bürgerlichen Parteien tritt es bedenklich, überall treten starke Interessengegenstände hervor, ein Zustand, den man mit allen Mitteln zu vermeiden sucht, um die Wähler an dem Herüberwechseln in ein andres Lager zu hindern. Daneben machen die extremen Parteien von rechts und links den bürgerlichen Parteiführern schwer zu schaffen, sind sie doch nicht in der Lage, mit den gleichen brutal demagogischen und terroristischen Mitteln wie diese zu operieren. Was sie jedoch in die schwerste Bedrängnis setzt, ist die Sozialdemokratie, die in alter Geschlossenheit und Einigkeit in den Wahlkampf eintrat und hinter der ebenso geschlossen die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten sowie ein erheblicher Teil der unteren und mittleren Beamtenschaft stehen.

Was den bürgerlichen Parteien gegenüber diesem ihnen allen gefährlichen Gegner an Geschlossenheit und Einigkeit fehlt, suchen sie deshalb durch große Worte, gefällige Angriffe, Verdröhnungen, Entstellungen und Verleumdungen zu ersetzen. Das alte Wort: „Keine Lüge ist zu dumm, sie findet doch ihr Publikum“ findet dabei aufs neue seine weiteste Bestätigung. Kühn werden die eignen Unterlassungsünden und Anschläge gegen die politischen und sozialen Rechte des arbeitenden Volkes in das Gegenteil umgekehrt oder dem sozialdemokratischen Gegner in die Schuhe geschoben. Das gibt den Wählern zu denken! Würde es sich im Wahlkampf lediglich um einen bloßen Meinungs- und Weltanschauungskampf handeln, wäre eine derartige Kampfweise nicht notwendig. Es geht jedoch um mehr! Der Meinungs- und Weltanschauungskampf, der zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie ausgefochten wird, hat nicht nur einen ideellen, sondern auch sehr stark materiellen Untergrund. Einmal handelt es sich um die von den bürgerlichen Parteien verteidigte kapitalistische Wirtschaftsordnung, die von der Sozialdemokratie durch die sozialistische zu ersetzen gesucht wird. Zum andern dreht es sich um die Entscheidung darüber, wer die aus der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung entstandenen sowie noch entstehenden Lasten tragen und schließlich, welcher Kurs außen- und innenpolitisch in der Folge gesteuert werden soll.

Wie immer im gewöhnlichen Leben, liegt das materielle Interesse am nächsten. Daher tritt auch in dem gegenwärtigen Wahlkampf der Streit um die Grundfragen eines politischen und wirtschaftlichen Systemwechsels nur in geringem Maße hervor. Die bürgerlichen Parteien begnügen sich damit, ihn mit den altgewohnten Phrasen von der Vorzüglichkeit des herrschenden kapitalistischen Systems, der notwendigen und individuellen Freiheit wirtschaftlicher Betätigung sowie der Unmöglichkeit sozialistischer Experimente anzudeuten. Sie wissen sehr wohl, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht unmittelbar in seinem Bestande bedroht ist, aber bedroht werden muß, den Grund, auf dem es steht, unterminieren und auslöschen zu lassen, weil sonst die Stunde seines Zusammenbruchs kommen könnte. Um so mehr Gewicht legt man deshalb auf die Erörterung der politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen: Zoll- und Steuerpolitik, öffentliche Verwaltung, Reparationsabgaben, öffentliche und private Wirtschaft usw., deren Behandlung daher auch im gegenwärtigen Wahlkampf den größten Raum in der Tagespresse einnimmt.

Das darf jedoch nicht veranlassen, die grundsätzlichen Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie aus den Augen zu verlieren. Denn was sich in den politischen und wirtschaftlichen Tageskämpfen abspielt und im Wahlkampfe in konzentrierter Form in die Erscheinung tritt, vergegenständlicht deutlich genug die auf den Abbau des kapitalistischen Wirtschaftssystems und den Aufbau der sozialistischen Wirtschaftsordnung gerichteten Entwicklungstendenzen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem kann nicht mit einem Schlage verschwinden, wie auch die sozialistische Wirtschaftsordnung nicht plötzlich und völlig fertig ins Leben zu treten vermag. Die Verdrängung des einen durch das andre System vollzieht sich nur in langsamer, allmählich vor sich gehender Umwälzung, innerhalb deren eine ständige Auswechslung des alten unbrauchbar Gewordenen durch neue zweckmäßigere Einrichtungen stattfindet.

In den letzten Jahrzehnten hat diese Entwicklung recht erhebliche Fortschritte gemacht. Unter dem Zwange der wirtschaftlichen Lage sowie der mächtig auftretenden Gewerkschaftsbewegung sah sich der Kapitalismus genötigt, gewisse, den Fortbestand des kapitalistischen Systems wenig bequeme Zugeständnisse zu machen. Mit wachsenden Befürchtungen sieht man auf bürgerlicher Seite die daraus folgende Bedrohung und sucht mit allen Kräften nicht nur den weiteren Fortschritt in dieser Richtung zu verhindern, sondern auch diese Entwicklung rückläufig zu machen, wobei man notwendigerweise auf den Widerstand der arbeitenden Volksschichten stoßen muß. Diese können sich eine Herabdrückung ihrer Lebenshaltung sowie eine Verkürzung ihrer Rechte nicht gefallen lassen. Sie müssen gegen diese Verdrängungsbestrebungen ankämpfen, um nicht in die alte, erst teilweise überwundene Notmäßigkeit und Abhängigkeit zurückzuverfallen, würde doch dadurch ihr weiterer sozialer Aufstieg auf das schwerste gefährdet.

Der Kampf der bürgerlichen Parteien gegeneinander, wie auch der von ihnen gemeinsam geführte Kampf gegen den „Marxismus“ bestätigt den dargelegten Gang der wirtschaftlichen Entwicklung. In weiten bürgerlichen Kreisen ist man sich zwar über das, was von ihnen als „Marxismus“ bezeichnet und bekämpft wird, recht wenig klar. Man sagt „Marxismus“ und faßt darunter alles zusammen, was dem

Kapitalismus und den in ihm vereinigten Interessentengruppen unangenehm ist: die Ausbreitung der öffentlichen Gemeinwirtschaft, das Genossenschaftswesen, die Gewerkschaftsbewegung, das Tarifwesen und noch vieles andre, was mit „Marxismus“ nicht das geringste zu tun hat. Liegt dieser Bezeichnung doch nichts andres zugrunde, als was Karl Marx theoretisch in seinem Werte „Das Kapital“ über die Bewegung des und Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung darlegte. So viel man aber auch gegen jene theoretischen Feststellungen ankämpft, sie bleiben bestehen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist nun einmal in seiner Entwicklung an einem Höhepunkte angelangt, von dem aus sein weiterer Aufstieg recht wenig aussichtsreich erscheint.

Ob dieser Schein trügt, läßt sich mit Bestimmtheit nicht voraussagen. Es bieten sich noch gewisse Aufstiegsmöglichkeiten, die aber nur unter Ausbietung größter Energie gewonnen werden können. Dazu bedarf es außerdem einer inneren Umwandlung. Diese kann sich nicht in dem früheren individualistischen Dasein vollziehen. Zum Teil ist der heutige Kapitalismus trotz aller Betonung des Individualismus darüber auch längst hinaus. In den großkapitalistischen Kreisen kann er sogar als überwunden angesehen werden. Die fortschreitende Konzentration, Verfestigung, Syndizierung und Kartellierung immer weiterer Industriezweige gibt hierfür ein nicht mißzuverstehendes Zeugnis. Der Individualismus als zur Höhe führendes Allgemeinut ist aufgegeben worden. Übrig geblieben ist nur der Individualismus des ganz Großen, die zwar noch wie vor die alten Phrasen von der auf individueller Selbsthilfe beruhenden freien Wirtschaft im Munde führen, ohne selbst daran zu glauben. Köder für die Dummen, die in dieser Einbildung weiterleben! Soll die Entwicklung des kapitalistischen Systems weiter fortschreiten, so nur dann, wenn auch die breiten Volksmassen an den Vorteilen teilnehmen, die heute nur wenigen in den Schoß fallen. Im andern Fall geht der Kapitalismus seinem Abstieg entgegen, der übrigens, gleichgültig welchen Weg er wählt, unter dem Einfluß der mächtig anschwellenden Arbeiterbewegung in den Sozialismus ausmünden wird. Dieser Überzeugung vermag man sich selbst in den einsichtsvolleren bürgerlichen Kreisen nicht zu entziehen.

Der Kapitalismus befindet sich gegenwärtig in einer schweren Krise. Sie ist ein warnendes Zeichen dafür, daß es in den alten ausgefahrenen Gleisen nicht weitergeht. Daher muß es auch als ausgeschlossen gelten, die von dem Kapitalismus bisher zur Anwendung gebrachten Ausbeutungs- und Bereicherungsmethoden unzerändert fortzusetzen. Die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze zwischen der besitzenden und arbeitenden Bevölkerung haben sich so verschärft, daß sie mit bloßen Phrasen nicht mehr zu überbrücken oder zu vertuschen sind. Jeder Tag macht dies deutlich! Die arbeitenden Volksschichten lassen sich dadurch nicht mehr irreführen. Aus den Widersprüchen der kapitalistischen Miswirtschaft erwächst ihnen zunehmend die Überzeugung, daß nur der Sozialismus Besseres zu bieten vermag. Dennoch lehnen sie mit der Sozialdemokratie jede Politik und Gewaltpolitik ab, weil diese nur ein Chaos herbeiführen kann. Damit wäre nichts gewonnen! Sozialdemokratie wie Gewerkschaften treten seit ihrem Bestehen für eine friedliche Weiterentwicklung in Staat und Wirtschaft ein, wobei sie bestrebt sind, die bestehenden staatlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen den modernen Anschauungen und Bedürfnissen entsprechend umzuwandeln, sie mit sozialistischem Geiste zu erfüllen und so für die sozialistische Wirtschaftsordnung reif zu machen. Die Kurzsichtigkeit und Verbohrtheit der bürgerlichen Parteien wie kapitalistischen Unternehmer stellt sich diesen Bestrebungen entgegen. Man verweigert der Sozialdemokratie sogar das ihrer Stärke und Bedeutung entsprechende Mitwirkungsrecht in Staat und Wirtschaft und sucht die hinter ihr stehenden Massen politisch wie wirtschaftlich recht- und einflußlos zu machen. Damit rufen die bürgerlichen Parteien das Gegenteil von dem hervor, was sie erreichen wollen. Sie peitschen so nur die arbeitende Bevölkerung zum schärfsten Widerstand gegen derartige Unterdrückungsversuche auf und zwingen sie, noch stärker als bisher auch ihre Lebensnotwendigkeiten zur Geltung zu bringen. Die Politik des Kabinetts Brünning hat in dieser Richtung außerordentlich aufrittend gewirkt. Das muß und wird auch bei der Entscheidung am 14. September zum Ausdruck kommen. M a t t u t a t.

Die Notverordnung zur Krankenversicherung

Theorie und Praxis

Wenn man sich durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz oder durch das Krankenversicherungsgesetz, auch durch die Notverordnung durcharbeiten will, so muß man schon mehr Zeit haben, als ein Arbeit geber Mensch; muß man ein ganz gereifter Jurist sein, denn ein gewöhnlicher Sterblicher findet sich in dem Wirrwarr nicht zurecht, findet die Kniffe und Hintertüren nicht heraus; muß mindestens in beiden Arten ein mit allen Hundeb geheser „Praktiker“ sein. Zu all dem kommen noch die einzelnen Orts- und Kassensatzungen.

Die Ausführungen über die „Notverordnung“ im „Korr.“ Nr. 67, vor allem über die „Sond beiträge“, lesen sich recht gut. Hierzu sei einiges aus der Erfahrung gesagt.

Prompt werden mit Inkrafttreten des Gesetzes für den K a n k e n s c h e i n 50 B f. v e r l a n g t. Oft kommt einer der Familienangehörigen ohne oder ohne genügend Geld an

die Kassenkasse. Natürlich verlangt der Beamte die 50 Pf., andernfalls er den Schein nicht ausändigen will, sondern sich ein Wortgefecht entpinn. Ist der Solde des Krankenscheins ein älteres Schulkind, dann ist's noch schwerer, jammert zu Hause ach und weh, daß es den Krankenschein nicht bekommen sollte, es müsse sofort 50 Pf. auf die Kasse bringen. Also ist, vorausgesetzt, daß bei heutiger Zeit gleich 50 Pf. aus dem Geldtaschen geschüttelt sind, der Weg noch einmal zu machen. Schließlich können die 50 Pf. ja auch vom Krankengeld abgezogen werden. Aber in zu beweisendem Fall war's nicht so.

Hat nun der Arzt den Krankenschein ausgefüllt und eine Verordnung (ein Rezept) geschrieben, so geht das Familienmitglied schleunigst in die Apotheke, um die Arznei oder Heilmittel zu holen. Bevor jedoch diese Sachen ausgehändigt werden, sind abermals 50 Pf. an die Apotheke abzuladen. Wieder ist das Familienmitglied ohne oder ohne genügend Geld; hat wohl einige Groschen mit, da man weiß, daß die Apotheke eben eine „Apothete“ ist. Ist's ein Kind, so kommt dies natürlich wieder nach Hause gerannt, es habe die Medizin nicht bekommen, das Geld habe nicht gelangt. Außer den 50 Pf. sind nämlich in der Apotheke meistens noch einige Zehner mehr zu opfern, 10 Proz. oder sonstwas für dies oder jenes (ob für Verpackung, etwas Genaueres kann man nie erfahren), wie schon früher; so daß 60, 70, 80 Pf. zusammenkommen. Bevor also der Kranke überhaupt etwas in die Hände oder in den Magen bekommt, sind schon die Ausgaben nötig. Kostet die Arznei unter 50 Pf., wäre allerdings nur dieser Betrag zu zahlen. Verschreibt der Arzt ein Pflaster Tee als Heil- oder Abführmittel, das 50 Pf. kostet, so kann es nach den Erfahrungen vorkommen, daß bei Bezahlung für die prozentgemäße Berechnung (vielleicht für Verpackung) 60 Pf. abgeladen werden müssen, denn 50 Pf. sind ja „Sonderbeiträge“. Wenn nun eine schwierige Krankheit vorliegt, bei der ein Arzt die ersten Tage jeden Tag eine „Verordnung“ (Rezept) schreibt, so sind für jede Verordnung 50 Pf. abzuladen. Bei Mitgliedern mit wenig Krankengeld wird also ein großer Teil des ersten Krankengeldes schon verbraucht, bevor man es überhaupt in die Hände bekommt. Nur wenn auf einer Verordnung mehr Arzneimittel verschrieben sind, kostet's einmal 50 Pf.

Nun das Krankengeld, das jetzt allgemein 50 Proz. des Grundlohns beträgt. Schließlich auch weniger, denn daß eine Kasse nunmehr, bei allem Wohlwollen, mehr gibt, wer glaubt's. Unser Tarif bestimmt unsern Lohn nach Arbeitstagen. Nicht so die Krankenkassen; sie begehren hier einen optischen Betrag, will sagen geschicktes Täuschungsmanöver. Sie teilen die durchschnittliche Lohnsumme mit sieben, so daß der Lohnbetrag für den Tag, mitfin auch die Berechnung des Krankengeldes herabgesetzt wird. Auf dem letzten Krankentagesskongreß in Dresden wurde eine Entschlieung angenommen, in der zu lesen ist, daß „alle Härten gegenüber den Beschäftigten zu beseitigen“. Man soll also die Änderungen der Satzungen „wohlwollend“ behandeln. Wollte man dem nachkommen, so könnte man den Sonntag außer Berechnung lassen bei Teilung des Lohnes und trotzdem Sonntags Krankengeld bezahlen. Angenommen, ein Arbeiter hat durchschnittlich 42 M. Wochenlohn, macht bei 50 Proz. 21 M. Wird diese Summe mit 6 geteilt, so ist das Tageskrankengeld 3,50 M.; wird mit 7 geteilt, so macht das Tageskrankengeld 3 M. Was soll es da bedeuten, daß Sonntags Krankengeld mitbezahlt wird. Meist sieht ein Arbeiter Sonnabends krank, so ist am kommenden Sonnabend Krankengeldtag. Drei Tage sind Kranzentage. Er bekommt also fünf Tage Krankengeld, macht bei 3 M. Tagesgeld 15 M. Davon gehen nun die in den vorhergehenden Abschnitten aufgeführten „Sonderbeiträge“ ab, die nicht nur eine Mark betragen, sondern sich bis auf einige Mark steigern können.

Noch trasser stellt sich das Beispiel bei einem Arbeiter, der durchschnittlich 24 M. Wochenlohn hat. Bei 50 Proz. Krankengeld stellt sich dies auf 12 M. (oder 2 M.) oder 1,71 M. (Die Kassen rechnen genau mit Pfennigen, da gibt es nicht etwa bei 8 oder 9 Pf. Abrundung nach oben oder bei 1 Pf. nach unten, was das Rechnungswerk erleichtern würde.) Dieser Arbeiter wird freitags krank. Geldtag ist der Freitag nächster Woche. Drei Tage sind Kranzentage. Bleiben fünf Tage Krankengeld: 1,71 x 5 = 8,55 M. Nun nehme man die allenfalls auflaufenden „Sonderbeiträge“ davon, dann mache man sich ein Bild der Zustände, die einen Kranken beruhigen sollen, bei dieser „wohlwollenden“ Behandlung. Allerdings können hier bis zu einem Grundlohn von nicht mehr als 4 M. die Krankenscheine mit 25 Pf. ausgefüllt werden (ein Tropfen auf einen heißen Stein), in andern Fälle bei über 7 M. Grundlohn auf 75 Pf. erhöht werden. — Also, durch die Sonntagsbegleichung ist nichts gewonnen (außer der Kranzenzontag), sie ist für die Kasse; die beiden als Beispiele angeführten Kurzkranken werden um den durch die Lohnzontage errechneten Betrag betrogen; denn wäre der Sonntag noch Krankentag (im zweiten Fall auch der Sonnabend mit), so befänden sie für diesen Sonntag kein Krankengeld; denn „endet die Krankheit am Sonntag, wird dieser nicht bezahlt“.

Nun die Beiträge. Wohl wird der höchstzulässige Beitrag von 10 auf 9 Proz. bzw. von 7½ auf 6 Proz. herabgedrückt; aber bei Herabsetzung der Beiträge werden die Krankentassen am wenigsten „alle Härten“ vermeiden oder „wohlwollend“ Behandlung zusichern. Die Mitglieder bekommen dies aber recht wenig zu spüren.

Ist es ein Wunder, wenn im Wahlkampf von einer großmäuligen, sich irreführenderweise Arbeiterpartei nennenden Gruppe das Thema behandelt wird: „Krankheit wird bestraft“?

Antisoziale Wohnungspolitik

Die jetzigen Reichstagswahlen sind zugleich ein Entscheidungskampf über den Kurs, der künftig in der deutschen Wohnungspolitik eingeschlagen werden soll. Wie auf dem Gebiet der Steuerpolitik, so zwingt die jetzige Reichsregierung durch ihre neuen Maßnahmen in der Wohnungsfrage zu weitgehenden prinzipiellen Entscheidungen. Bei Eröffnung des Wahlkampfes hat der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald ein zusätzliches Reichswohnungsbauprogramm dekretiert, dessen scheinbar soziale Fassade nicht über die verhängnisvollen Folgen des damit eingeleiteten neuen offiziellen Kurses in der Wohnungspolitik hinwegtäuschen darf.

Was ist der offizielle Zweck des zusätzlichen Reichswohnungsbauprogramms? Es soll ein im außerordentlichen Etat des Reichsarbeitsministeriums vorgesehener Betrag von 100 Millionen Mark dem Wohnungsbau in Form von Hypotheken, in gleicher Weise wie die Hauszinssteuer, mittel, zur Verfügung gestellt werden, der jedoch nicht zu einer Einschränkung des Wohnungsbaues mit den bisherigen öffentlichen Mitteln führen darf. Es soll damit ein Arbeitsbeschaffungsprogramm „größten Stils“ zur Hebung der starken Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und eine Verbesserung der Wohnungsvorsorgung erreicht werden. Die Reichsbauarbeiten werden mit einem Zinssatz von 4 Proz. und einem Tilgungssatz von 1 Proz. begeben. Bis zum 1. Dezember 1933 soll die Verzinsung jedoch auf 1 Proz. ermäßigt werden. Um die Neubauten, die bekanntlich jetzt in starkem Mangelverhältnis zu dem Einkommen der arbeitenden Schichten stehen, zu senken, sollen die Wohnungen im Rahmen des Reichsprogramms, die ausschließlich Familien mit Kindern zur Verfügung gestellt werden dürfen, auf Wohnungsstypen von 32 bis 45 Quadratmeter respektive bis zu 55 Quadratmeter für besonders kinderreiche Familien beschränkt werden. Einfachste Ausführung ist vorgeschrieben; auf die bisher üblichen Wäber wie auch auf Sammeleinrichtungen (Zentralwasschlüssen, Zentralheizung usw.) muß verzichtet werden.

Was bedeutet das Stegerwaldsche Bauprogramm in Wirklichkeit? Die maßlos übertriebene Propaganda der bürgerlichen Presse bei Veröffentlichung des Programms darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es bei dem jetzigen Stand der Arbeitslosigkeit nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln können etwa 25 000 Wohnungen gebaut werden, also ein Zehntel der in diesem Jahre mit Hauszinssteuermitteln erstellten. Sie werden rund 25 000 Bauarbeitern im ganzen Reiche für eine Bauperiode Arbeit geben — bei über 220 000 Arbeitslosen, die das Baugewerbe zur Zeit auf dem Höhepunkt der Bauzeit jährt. In Wirklichkeit handelt es sich gar nicht um ein zusätzliches Bauprogramm, da es sich nur um einen Vorgriff auf Mittel handelt, die ohnehin im außerordentlichen Etat des Reichsarbeitsministeriums vorgesehen waren.

Erhobend sind jedoch die Bestimmungen über die Wohnungsgrößen. Bisher ist, abgesehen von einigen wirklichkeitsfernen Theoretikern, allgemein die Auffassung vertreten worden, daß Kleinwohnungen mit 48 Quadratmeter Wohnfläche das Mindestmaß an Raum darstellen, das man einer Kleinfamilie aus hygienischen Gründen unbedingt zufließen muß. Die Richtlinien des Herrn Stegerwald gehen weit unter diese Grenze herunter. Sie erheben die Überfüllung der Wohnungen, die für das Wohnungselend der Vorkriegszeit so bezeichnend ist, zum Prinzip des Wohnungsneubaus. Für die vorgeschriebenen Kleinstwohnungen — wer weiß, ob man nicht auch bald die Grenze von 32 Quadratmeter unterschreiten und zu den bereits propagierten Mikrotypen von 28 Quadratmeter übergehen wird? — sind Schlafkammern von 6 Quadratmetern vorgesehen, die genau das Flächenmaß einer Zuchthauszelle haben. Nach den eignen Beschreibungen des Reichsarbeitsministeriums können in den Programmwohnungen von 32 bis 40 Quadratmeter nur zwei Betten aufgestellt werden. Damit ist klar bewiesen, daß diese für Familien mit Kindern bestimmten Wohnungen in Wirklichkeit für diese Familien nicht ausreichen, wenn auch nur die primitivsten Grundzüge hinsichtlich ihrer Unterbringung gewahrt bleiben sollen. Wenn der bisherige Nachkriegswohnungsbau in Deutschland, der besonders stark von den Gewerkschaften und ihren gemeinnützigen Bauorganisationen gefördert worden ist, von der jetzigen Regierung nahebestehenden Stellen als zu „aufwendig“ bezeichnet wird, so enthielt der Wortlaut der Stegerwaldschen Richtlinien deutlich die Gesinnung, der diese Klagen entspringen. Wohnungen bis zu 55 Quadratmeter sollen nur für besonders kinderreiche Familien „zugelassen“ werden. Es heißt in den Richtlinien dazu: „Es muß Vorzorge getroffen werden, daß diese Ausnahme . . . nicht zu einer allgemeinen Vergrößerung der Wohnfläche mißbraucht (!) wird.“ Auf ausreichende Belichtung und Belüftung der Kleinstwohnungen ist zwar Herr Stegerwald zufolge „Rücksicht zu nehmen“. Daß dieses Ziel jedoch für die vorgeschriebenen Wohnflächen keinesfalls erreicht werden kann, wird selbst von bürgerlicher Seite zugestanden („Mehlnisch-Westfälische Zeitung“ vom 10. August).

Besonders bedauerlich ist, daß sich die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen in ihren bisherigen Arbeiten im wesentlichen darauf beschränkt hat, den Schrittmacher für die jetzt von der Regierung Bränning dekretierte unerhörte Wohnraumverkleinerung abzugeben.

Mit dem sogenannten zusätzlichen Wohnungsbauprogramm hat die jetzige Reichsregierung eine grundfällige Entscheidung getroffen, die nur bei bewusster Senkung des

Wohnungsstandards der unteren Bevölkerungsschichten, jedoch nicht bei sachlicher Auswertung der bisherigen Erfahrungen im Wohnungsbau der Nachkriegszeit geboten ist: die starke Erhöhung der Neubauten in den letzten Jahren, die immer mehr dazu geführt hat, daß Neubauwohnungen für diejenigen Kreise unerträglich werden, denen der Wohnungsbau auf öffentlichen Mitteln in erster Linie dienen soll, ist nicht darauf zurückzuführen, daß man unverantwortlichen Wohnungsluxus gefördert hätte. Zu dem Zeitraum von 1926 bis 1929 hat der gemeinnützige Wohnungsbau die von ihm erstellten Wohnungen planmäßig und unter dem Zwang der Verhältnisse, um erträgliche Mieten zu erzielen, bis auf die hygienische Mindestnorm von 48 Quadratmeter gefant und den Anteil dieser Kleinwohnungen an seiner Gesamtproduktion ständig vergrößert. Trotzdem sind die Mieten enorm gestiegen. Was an Raum zu sparen versucht wurde, haben die unerhörte Steigerung der Baukosten und der Zinssätze wieder fortgenommen. Die gleiche Kleinwohnung, die im Jahre 1926 zu einer Monatsmiete von 46 M. erstellt werden konnte, mußte in Bauten, die Anfang 1930 fertig wurden, zu einer Monatsmiete von 62 M. vermietet werden.

Vom Juni 1926 bis zur Jahreswende 1929/30 stieg der amtliche Baukostenindex, der die unerhörte Verteuerung des Bauens gegenüber der Vorkriegszeit nur sehr unvollkommen widerpiegelt, von 156,8 auf 181; im gleichen Zeitraum stiegen die Baukosten von 141,7 Proz. der Vorkriegspreise auf 161 Proz. Die Nettokosten erstellter Hypotheken stiegen von 8,05 Proz. im zweiten Vierteljahr 1927 auf 10,18 Proz. Ende 1929. Ausschlaggebend die enorme Steigerung der Baukosten und der Hypothekenlasten haben dazu geführt, daß — um ein andres Beispiel zu nennen — die Miete für eine 63-Quadratmeter-Wohnung in dem Zeitraum 1926 bis 1929 um 19 M. monatlich gestiegen ist. Es ergibt sich damit zwangsläufig die Konsequenz, daß das Übel bei den Ursachen: Baukosten und Zinssätzen, kuriert werden muß, nicht aber durch untragbare Verteuerung und Vereinfachung der Wohnungen.

Mit den neuen Plänen der jetzigen Reichsregierung — Rückkehr zum Wohnungselend der Vorkriegszeit auf der einen Seite, Abbau der Hauszinssteuerpolitik auf der anderen Seite — ist der Wohnungsbau in Deutschland vor eine Entscheidung von größter Tragweite gestellt. Die Pläne der Regierung auch nur in einem Punkte zuzustimmen, heißt, ihre antisoziale Wohnungspolitik unterstützen, deren Ziel der Reichsarbeitsminister Bredt vor den Hausbesitzern in Steffin offen verkündet, als er im Namen der Reichsregierung das Versprechen abgab, baldmöglichst die freie Wohnungswirtschaft wieder einzuführen.

Eine Senkung der Neubauten, ihre Anpassung an das Einkommen der arbeitenden Schichten ist dringend erforderlich; sie darf jedoch nicht dadurch erstickt werden, daß die Wohnungen über ein hygienisches Mindestmaß hinaus „verfeinert“ werden. Nicht die „Wohlfahrt“ des Reichswohnungsbauprogramms, sondern Erzielung tragbarer Mieten unter Wahrung eines Minimums an Wohnungskultur! Nur planmäßige Senkung der Baukosten und der Zinsen, die Aufgabe einer zielbewußten Wirtschaft- und Sozialpolitik sind, bei gleichzeitigem Ausbau der Hauszinssteuerpolitik, bietet die Lösung.

Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften haben immer wieder darauf hingewiesen, daß bei ernsthaftem Willen zur Ausnutzung der heute vorhandenen Mittel die laienende Wohnungsnot in absehbarer Zeit behoben und die Mieten gesunder Neubauwohnungen dem Einkommen der arbeitenden Massen angepaßt werden können. Sie fordern dazu im besonderen: einen Fünfjahresplan für die deutsche Wohnungswirtschaft; gesetzliche Verankerung der Hauszinssteuer, die zur Zeit von Jahr zu Jahr neu gefährdet ist, für mindestens den gleichen Zeitraum; Erhöhung des Anteils, der dem Wohnungsbau aus der Hauszinssteuer zufließt (von dem jährlichen Hauszinssteueraufkommen von rund 1650 Mill. M. werden nur 850 Mill. M. dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt); Eingiehung der Hauszinssteuer in voller Höhe des Mieteraufkommens (die Hauszinssteuer wird von den Mietern in Prozenten der Friedensmiete eingezogen, von den Hausbesitzern in Prozenten der Grundvermögenssteuer abgeführt). Die Mieter bringen jährlich rund 2350 Mill. M. auf, so daß jährlich 700 Mill. M. in den Taschen der Hausbesitzer hängen bleiben; verstärkte Gewährung von Zinszuschüssen neben den Kapitalzuschüssen aus Hauszinssteuermitteln zur Senkung der Neubauten (die Verwendung des 100-Millionen-Wohnungsbaufonds des Reichsarbeitsministeriums nicht in Form von Hypotheken, sondern von Zinszuschüssen gewährleistet tragbare Mieten); Bekämpfung der Bauofffaktelle — Abbau der überhöhten Preise auch in der Bauwirtschaft; ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Bekämpfung der unerhörten Arbeitslosigkeit im Baugewerbe durch ein nicht nur scheinbar zusätzliches Wohnungsbauprogramm, für das die Mittel durch Vorgriff auf die Hauszinssteuer der nächsten Jahre und durch produktive Erwerbstätigenfürsorge gewonnen werden können.

Nicht Wohnungselend — sondern gesunde Wohnungen für die arbeitenden Massen! Nicht Abbau — sondern soziale Reform der Hauszinssteuer! Nicht Aufhebung der Wohnungs-zwangswirtschaft — sondern Verstärkung der gemeinnützlichkeitsförmigen Tendenzen in der Wohnungspolitik zum Schutze der Massen! Nicht Raubbau an der Volkskraft durch Rückkehr zu den privatkapitalistischen Methoden der Vorkriegszeit im Wohnungsbau — sondern verstärkte Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus! In diesem Sinne welfen nur Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften mit praktischen Vorschlägen den Weg zu einer wirksamen Bekämpfung des Wohnungselends.

Das Genossenschaftswesen

Wahltag — Jahrtag

Wenn die Massenbewegung der Konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher, richtig geführt und aufgefächert, aktiv sich am Wahlkampf betätigt, so kann sie weithin die Entscheidung am 14. September im Sinne ihrer Interessen beeinflussen. Und hier handelt es sich nicht um die Frage: „Interessentenhausen oder Staatsvolk“, weil die Interessen einer Bewegung, die mit den Angehörigen ihrer vier Millionen Mitglieder 10 Millionen Personen, also 25 Proz. der ganzen deutschen Bevölkerung zählt, mit dem Gesamtinteresse der deutschen Wirtschaft, auch mit dem Interesse von 90 Proz. der Bevölkerung identisch ist.

Bestimmt wäre es den Konsumgenossenschaften und vor allem ihrer Führung in der Zentrale und in den Landesverbänden weitaus lieber gewesen, die Mitglieder zu einem solchen, an und für sich parteipolitischen Kampf zur Mitwirkung nicht zufen zu müssen, weil sie sehr gut die westanschaulichen und kulturpolitischen Bindungen, die man unter dem Sammelbegriff „Politik“ versteht, zu werten weiß. Aber wenn schon einmal die Gegner der Konsumgenossenschaften unter Führung der ultrareaktionären Wirtschaftspartei im aufgelösten Reichstag zusammen mit den Nationalsozialisten die Parole „Ausrottung der Konsumgenossenschaften“ ausgegeben haben, nachdem sie einen ersten Erfolg auf diesem Wege durch die brutale Sonderumschlagsteuer erzielt hatten, so bleibt für die Mitglieder der Konsumgenossenschaften gar nichts anderes übrig, als sich ihrer Haut zu wehren. Darum geht es.

Die Steuererhebung im Reich und in den Ländern, dazu eine steuerliche Rechtsprechung, die ein förmliches Hofn auf das Wesen der genossenschaftlichen Selbsthilfe ist und ausgesprochen privatwirtschaftlichen Charakter trägt, zeigen den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften, daß, wenn der neue Reichstag eine Kopie des alten bleibt, noch verschandelt durch Erfolge der Nationalsozialisten, sie für ihre wirtschaftlichen Unternehmungen der genossenschaftlichen Selbsthilfe alles zu fürchten haben.

Denn die neue Staatspartei enthält fast restlos alle Elemente wirtschaftlicher Unterdrückung der Konsumgenossenschaften. Die Demokraten werden von der Wirtschaftspartei im Kampfe gegen die Konsumgenossenschaften angeführt, und sie haben weder im Reichstag noch in den Landtagen verlag, wenn es galt, den Konsumgenossenschaften Genistöße zu geben. Auf der gleichen Linie stehen die Deutschen Volksparteiler des Herrn Scholz, von den Deutschen Nationalen ganz zu schweigen, die zwar gewisse Vorteile für die landwirtschaftlichen Genossenschaften reklamieren möchten, aber bei den Ausnahmebestimmungen für Konsumgenossenschaften mit die rüdesten Antreiber sind, obwohl sie und der ganze Landbund wissen, daß die genossenschaftlichen Abhörorganisationen der Landwirte mit den großen Konsumgenossenschaften — stehen oder fallen.

Das Zentrum bildet ja an und für sich eine besondere Nummer bei der Bewertung der Parteien in ihrer Stellungnahme zu den Konsumgenossenschaften, aber wenn der Reichstagsabgeordnete Schlaß vom Zentrum die Brünning-Regierung wegen der Sonderumschlagsteuer als die reaktionärste seit 1918 bezeichnen konnte und den Parteien, die für die Sonderumschlagsteuer stimmten, mit der Quittung der Wähler drohen konnte, so genügt diese Tatsache, um auch die Haltung des Zentrums zu brandmarken.

Es bleiben für den politischen Schutz der Konsumgenossenschaften tatsächlich nur die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei übrig. Aber die letztere scheidet wegen ihrer patentierten parlamentarischen Infruchtbarkeit aus, und da sie insbesondere die Konsumgenossenschaften nur als Provinzialzentren im Bürgerkrieg wertet und sie mit allen Mitteln ihren westrevolutionären Plänen dienlich machen möchte, kommt sie für Konsumvereinsmitglieder und ihre wahlberechtigten Angehörigen, denen an der Existenz der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung gelegen ist, bei der Wahl ebenfalls nicht in Betracht.

bleibt die Sozialdemokratie. Man weiß, daß sie programmäßig und vorbehaltlos das Genossenschaftswesen überhaupt und die landwirtschaftlichen wie die Konsumgenossenschaften aus rein volkswirtschaftlichen Erwägungen fördert. Ihr deshalb zum Siege bzw. zu verstärktem Einfluß im neuen Reichstag zu verhelfen, ist das Gebot des 14. September für alle wahlberechtigten Mitglieder der Konsumgenossenschaften und ihre Angehörigen.

Bei der letzten Parlamentswahl in England haben die Wähler der Konsumgenossenschaften mit ihren mehr als fünf Millionen Stimmen den Kampf zugunsten der Arbeiterpartei entschieden — ein gleiches kann auch diesmal in Deutschland geschehen, wenn sich die genossenschaftlich organisierten Verbrauchermaßen auf der Höhe ihrer Aufgabe gegenüber den privatwirtschaftlichen Interessentenhausen zeigen.

Und dies ist zur Erzielung des Erfolges nötig: Jeder Funktionär und Agitator der Partei, jedes Mitglied der Konsumgenossenschaften richte Säumige auf, um ihnen zu sagen, worum es neben den großen politischen und sozialen Problemen geht. Nämlich auch um das Problem der ungehinderten Entfaltung des Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsgebändens gegenüber der Ausrottungsparole der Wirtschaftspartei und Nationalsozialisten, denen die übrigen gefeindlichden Parteien Helfersdienste geleistet haben und wieder leisten werden, wenn nicht der soziale und wirtschaftliche Rechtsgebände liegt. Schon hat eine Kommission im Namen der im Zentralverband deutscher Konsumvereine organisierten Verbraucher einen Wahlaufruf bzw. eine Wahlparole herausgegeben mit dem Ziele: „Sinaus mit den Konsumvereinsfeinden aus Gesetzgebung

und Regierung“. Und die Kandidaten aller Parteien werden von frei gebildeten Genossenschaftskommissionen und rechnerisch tätigen Genossenschaftlern aus Herz und Nieren darüber geprüft: 1. ob sie die Ausnahmebesteuerung gegen die Konsumvereine im Falle ihrer Wahl sofort helfen befehlen und 2. gegen jede künftige Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine stimmen wollen. Aus der Antwort mit „Ja“ oder „Nein“ müssen restlos die Konsequenzen gezogen werden: Keinem Gegner der Konsumvereine und keinem Zweifelshaften auch nur eine Stimme der Konsumvereinsmitglieder und ihrer wahlberechtigten Angehörigen.

Konsumvereine und Landwirtschaft

Der im Reichstag seitens der politischen Vertreter des Privathandels mit Ausnahmebesteuerung gegen die Konsumvereine geführte Kampf stellt früher oder später auch die Landwirtschaft vor eine ernste Frage. Nämlich vor die Frage, ob es den Interessen des landwirtschaftlichen Erzeugers entspricht, an der Seite der Händler die genossenschaftlichen Verbraucherorganisationen bekämpfen und ihre Entwicklung hemmen zu helfen, welche die einzige Grundlage für das reibungslose Funktionieren der landwirtschaftlichen Absatzorganisationen bilden. Da sehen sich die Führer der großen landwirtschaftlichen Zentralverbände mit den Vertretern der Konsumgenossenschaftlichen Zentralen im „Wirtschaftsausschuß“ der deutschen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen bei internationalen Wirtschaftskongressen zusammen, stellen in zutreffenden gemeinschaftlichen Entschlüsse die Interessengemeinschaft zwischen ländlichen Erzeuger- und genossenschaftlichen Verbraucherorganisationen fest, und in den Parlamenten bekämpfen die landwirtschaftlichen Abgeordneten bzw. Interessensvertreter dieselben Organisationen mit Sondersteuern, um dem Privathandel zu nützen und sich selbst — zu schädigen.

Ein unmöglicher Zustand. Besonders unmöglich unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Landwirte und landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisationen nicht nur in Deutschland, sondern auch in andern Ländern Steuererleichterungen und sogar Steuerfreiheit genießen, wo zu gleicher Zeit unter Mitwirkung ihrer parlamentarischen Vertreter die Konsumvereine zugunsten des Privathandels mit Sondersteuern belastet werden! Welche Gefühle und welche Konsequenzen diese Tatsache allmählich bei den vier Millionen Konsumgenossenschaftlich organisierten Verbrauchern erregen muß, kann sich jeder vorstellen, dessen Gerechtigkeitssinn noch nicht gegen gewalttätiges und sinnloses Unrecht abgestumpft ist.

Die Frage ist aber auch von internationaler Bedeutung. Dem Internationalen Genossenschaftsbund, der im August dieses Jahres in Wien seinen Kongreß abhielt und dem aus 35 Ländern der Welt 56 Millionen genossenschaftlich organisierte Verbraucherfamilien angehörten, ist, nun auch der große kanadische „Weizenpool“, d. i. die größte genossenschaftliche Organisation der Landwirte der Welt, offiziell als Mitglied beigetreten. Dadurch wird der Weizenpool direkte geschäftliche Beziehungen mit den europäischen Konsumgenossenschaften erlangen, deren Großverkaufsgesellschaften in Verbindung mit der bereits bestehenden Internationalen Genossenschaftsbank mit Internationaler Großverkaufsgesellschaft eine glänzende organisatorische und finanzielle Grundlage bilden. Und beim organisierten Getreideexport wird es nicht bleiben, weil ganz automatisch auch weiterhin wichtige exportfähige landwirtschaftliche Erzeugnisse einer so groß und großzügig aufgezogenen genossenschaftlich organisierten Bedarfsdeckung zwischen Landwirtschaft und Verbraucher potenzierte Rationalisierung des Güterausstausches bedeutet. Woegen auch mit Mitteln einer geographischen Zollpolitik und selbst mit Einfuhrverboten nicht anzukommen ist, weil die internationalen Wirtschaftsverflechtungen eine solche Politik von vornherein unterbinden.

Wenn diese für die europäische, insbesondere aber für die deutsche Landwirtschaft gefährliche Entwicklung, die in der Eroberung eines genossenschaftlichen Absatzmarktes von etwa 25 Millionen Verbraucherfamilien durch die kanadische und amerikanische Landwirtschaft liegt, rechtzeitig abgebrochen werden soll, dann darf die deutsche Landwirtschaft und insbesondere die der Klein- und Mittelbauern nicht länger mehr die Konsumgenossenschaften als Gegner auf steuerpolitischem Gebiet behandeln, lediglich um dem Privathandel die Kastanien aus dem Feuer zu holen, sondern sie muß die anerkannte Interessengemeinschaft mit den Konsumgenossenschaften zu ihrem ureigensten Nutzen fördernd in Schutz nehmen.

Es ist ein erstes Problem, vor das die politischen Genossenschaftsführer der Landwirtschaft gestellt sind. Und sie müssen — Farbe bekennen.

Korrespondenzen

Breslau. (M a s c h i n e n s e h e r.) Am 24. August weiten die Maschinenseher des Gaus Schlesien in der alten Fäbriksstadt Bunzlau zu ihrer 16. W a h l e r e r t a m l u n g. Die etwas unglücklichen Bahnverbindungen und die schlechte Wirtschaftslage dürften wohl der Grund gewesen sein, daß der Besuch gegenüber den Vorjahren etwas nachgelassen hatte; aber immerhin konnte Vorsitzender B i r n b a c h 150 Kollegen und 35 Damen und Gäste begrüßen. Mit dem Uthmann-Chor „Lied Proleten“ und dem Schillerstück leitete der Bunzlauer Kollegenvereinsangereiner „Typographia“ unsere Tagung ein. In ihren Begrüßungsansprachen wiesen die anwesenden Verbands- und Spartenvertreter sowie der Vertreter des Ortsauschusses des DGB auf den Ernst der gegenwärtigen Lage hin und ermahnten zu treuem

Zusammenstehen. Sodann widmete Kollege Birnbach den zwei Tage vorher in unserm Tagungsort gefallenen Opfern eines politischen Zusammenstoßes sowie den verunglückten Kumpeln im Waldenburger Bergwerk einen warmen Nachruf, den die Versammlung bei Erhebung von den Plätzen entgegennahm. Die Damen und Gäste befeichtigten während der Tagung die Stadt sowie einen Töpferbetrieb. Als Vertreter der Zentralkommission war deren Vorsitzender R ö b e r erschienen. Er sprach über das Thema: „Wie sieht es in unrer Sparte aus?“ Einleitend beschäftigte sich der Redner mit den aktuellsten Tagesfragen und behandelte dann im Besonderen den Ausfluß des Kollegen Mahlo. Eine Resolution fand gegen zwei Stimmen Annahme, in der der Zentralkommission nahegelegt wird, die notwendigen Schritte zur Rückgängigmachung des Ausschusses zu unternehmen. Unter „Rechnung“ bot die Intertypen-Gesellschaft durch eine Ausstellung verschönerter Maschinenenteile und Druckfähn die beste Gelegenheit, ihre technischen Fortschritte kennenzulernen. Ein Vortrag ihres Reisebeamten M a z h a r t m a n n über „Die Intertypen als technische Neuschöpfung“ brachte den Hörern die innere Konstruktion ihrer Erzeugnisse näher. Ausstellung wie Vortrag erweckten lebhaftes Interesse. Der Gesellschaft sei auch an dieser Stelle für ihr Entgegenkommen unser Dank ausgesprochen. Ferner sei mitgeteilt, daß sich auf dieser Versammlung unser Vorsitzender Birnbach verabschiedete, da er von nun an die Leitung des Hirschberger Gewerkschaftssekretariats übernimmt. In aufrichtigen Worten würdigte die einzelnen Redner die aufopfernde Arbeit, die er in zehnjähriger Tätigkeit als Vorsitzender unrer Vereinigung sowie als langjähriger zweiter Gauvorsitzer zum Wohle des Verbandes und der Sparte geleistet hat. Verkieren wir auch im Kollegen Birnbach einen rühmigen und begabten Vorsitzenden, so ist es doch erfreulich, daß seine bewährte Kraft der Arbeiterbewegung erhalten bleibt. Nach verschönerter kurzen Mitteilungen fand die Versammlung ihren Abschluß. War der Verlauf der Tagung auch manchmal recht stürmisch, so legte sie doch Zeugnis ab von dem lebhaften Interesse, mit dem die schlesischen Maschinenseher die Vorgänge in Verband und Sparte verfolgen. — In die Versammlung schloß sich eine gemeinsame Mittagstafel. Nach einem anschließenden längeren Spaziergang durch den Stadtwald vereinigte am Nachmittag ein Sommerfest des Gefangenenvereins „Typographia“ die auswärtigen Gäste mit den Bunzlauer Kollegen. Nur zu zahl verfloßen in frühlichem Kreis die Stunden. Und nahezu Mitternacht war es geworden, als die letzten die Heimreise antraten. Zum Schluß sei allen Kollegen gedankt, die in uneigennütziger Weise zum guten Gelingen der Tagung beitrugen. Im Besonderen danken wir dem Gefangenen „Typographia“, der durch seine Mitwirkung der Veranstaltung einen würdigen Rahmen gab.

Darmstadt. Am 24. August fand nach längerer Pause unrer Bezirksversammlung statt. Vorsitzender P o l k a r t kritisierte bei Beginn das unpünktliche Erscheinen der Kollegen und eruchte für die Zukunft um Pünktlichkeit. Nachträglich füllte sich der Saal so ziemlich. Der Vorsitzende ehrte das Andenken der beiden verstorbenen Kollegen F. Krebs und L. Baumann. Letzterem widmete der Vorsitzende besonders ehrende Worte für seine selbstlose Arbeit und Treue in allen Ehrenämtern der Organisation. Ein Kollege stellte den Antrag, den Punkt 4 von der Tagesordnung zu streichen, da es mit der Neutralität unres Verbandes nicht zu vereinbaren sei, für eine Partei in einer Buchdruckerversammlung Stellung zu nehmen. Kollege B o l k a r t trat dieser Auffassung entgegen und betonte, daß in einer derartigen Zeit, wie gegenwärtig, die Neutralität der Gewerkschaften Selbstentmannung bedeute und ersuchte, die Tagesordnung zu belassen, wie sie der Vorstand zusammengestellt habe. Die Versammlung stimmte dieser Auffassung mit allen gegen drei Stimmen zu und lechnte den Änderungsantrag ab. Ein Wiederaufnahmegeruch wurde, da der Aufzunehmende nicht anwesend war, zurückgewiesen. Unter „Mitteilungen“ gab der Vorsitzende bekannt, daß das Arbeitsamt Darmstadt Verhandlungen eingeleitet habe mit dem Ziele der Überführung unres paritätischen Arbeitsnachweises an das Arbeitsamt. Wir erklärten hierzu grundsätzlich unrer Zustimmung unter der Bedingung, daß das Arbeitsamt unrer Bestimmungen über die Arbeitsvermittlung, wie sie im Tarif verankert sind, anerkent und mit dieser Stelle einen Buchdrucker als Fachvermittler betraut. Die Versammlung befeichtigte die Verhandlungen auf dieser Grundlage. In dankenswerter Weise hatte unser Kollege und frühere Bezirksvorsitzende G o t t f r i e d B a h l e r zu Punkt 4 der Tagesordnung das Referat übernommen mit dem Thema: „Der Raubzug auf die Sozialgesetzgebung und der 14. September 1930“. Der Redner verband es in seiner leichtverständlichen Art, den Kollegen all die Verschleierungen, besonders auf dem Gebiete der Krankenversicherung, klar vor Augen zu führen, die die Regierung Brünning mit dem Diktaturparagrafen 48 auf dem Verordnungswege bewirkt hat. Der Redner ging aus von der Entstehung der Sozialgesetzgebung unter Bismarck und wies nach, wie auch schon in jener Zeit die Kapitalistenklasse einen planmäßigen Kampf gegen jede Sozialgesetzgebung geführt hat. Ferner zeigte er den Kollegen, wie sich Deutschland von einem Agrarstaat zum Industriestaat entwickelte und gerade die Gewerkschaften mit der Arbeiterpartei in jahzehntelangen Ringen um die Beseitigung der Arbeiterchaft Schulten an Schulten gegenüber der Reaktion kämpfen mußten. Die Ausführungen des Kollegen Bahler waren schwere Anklagen gegen den Privatkapitalismus, der jetzt die Zeit gekommen glaubt, einen unerschämten Raubzug auf die Taschen der Armen der Armen durchzuführen. Deshalb wäre es eitel Schaumblaserei, wenn die Gewerkschaften in diesem Erkämpfungskampfe heute noch von Neutralität sprechen wollten. Durch die Notverordnung würden den Krankenkassen Maßnahmen aufgezwungen, die ihrem innersten Wesen widersprechen. Und nicht genug damit, sei die reaktionäre Meute heute schon dabei, den Krankenkassen Sabotage der Notverordnung zu unterstehen. Kein Mittel sei zu schießt, um die sozialen Infinitute der Arbeiterchaft zu bekämpfen. Der Referent streifte kurz noch die Hygieneausstellungen in Dresden, die in ihrer wissenschaftlichen Darstellung einzigartig sei. Wenn aber der arbeitenden Menschheit die Lebensbedingungen gerant werden, so sei auch diese Arbeit vergebens. Mit einem Appell an die Versammlung, am 14. September die Liste 1 zu wählen, schloß der Red-

ferent seinen Vortrag. Der überaus starke Beifall, der dem geschätzten Redner zuteil wurde, zeigte, daß die Versammlung das Gebot der Stunde erkannt hat. In der nun einsetzenden Diskussion sprang ein SPD-Redner in die Arena und sprach, wie nicht anders zu erwarten, die ganze Schuld an den gegenwärtigen Verhältnissen der SPD zu. Seine Redeweise steigerte sich so weit, daß er die Frage aufwarf, was die SPD in ihrer 21monatigen Regierungszeit für die Arbeitererschaft überhaupt geleistet habe. Daß natürlich die Wirtschaftlichen Reformvorläufe zur Krankenversicherung herhalten mußten, war selbstverständlich. Alles Schöne konnte vom Sozialisten und der SPD-Kollege Keeser in dieser Auffassung entgegen und verlangte, daß die SPD-Leute vor allen Dingen ihren Unternehmern gegenüber ihren Mann stellen sollen. Kollege Borkart kam insbesondere auf die schloffen Maßnahmen in den Bewag-Betrieben zu sprechen, wo man SPD-Betriebsvertretungen entläßt, Leistungszulagen in brutaler Weise abbaut und jede Gewissensfreiheit unterbindet. Erst wenn man bei sich selbst anfangt, könne man andere Parteien herunterreißen. In seinem Schlusswort war es dem Referenten ein leichtes, alle Anwürfe des kommunistischen Redners zu gepfeilt und auf die Wahrheit zurückzuführen. Mit seinem Material konnte Kollege Borkart mit Recht fragen, was hat denn die SPD geleistet in ihrer gemeingefährlichen Kampfweise? Jedenfalls sei die eine traurige Tatsache festzustellen, daß die SPD mitverantwortlich sei an der gegenwärtigen Lage. So war die Versammlung ein voller Erfolg und wird überzeugt, daß die Kollegenhaft Darmstadt am 14. September weiß, was sie zu tun hat.

Göttingen. Unsere Bezirksversammlung am 24. August in dem alten Bergkloster St. Andreasberg im Harz hatte sich eines sehr guten Besudes zu erfreuen. Ein ausnehmend herrlicher Tag war uns nach vielen trübren Regentagen beschieden. Auf der Tagesordnung stand ein Referat des Kollegen Reusch (Samborn), Vertrauensmann der Unfall-Versicherungsgesellschaft, über „Unfallversicherung in den Betrieben“. In Hand von vielen Beispielen ermahnte und warnte der Referent vor Fahrlässigkeit, Leichtsinn und vorlässiger Verletzung. Habe sich jedoch einmal ein Unfall ereignet, so sei danach zu streben, nach Möglichkeit wieder gesund zu werden, auch eine etwaige Rente nicht kapitalisieren und abfinden zu lassen. Das Geld sei oft in kurzer Zeit verthan, das Gebroden aber bleibe. Mit der Mahnung: „Sicherheit zuerst — die Gesundheit über alles!“ schloß Kollege Reusch seine interessanten, beherzigenswerten Ausführungen, wofür ihm lebhafter Beifall dankte. Ein weiteres Referat hielt der Chorleiter der Liedertafel „Gutenberg“ Göttingen, Herr Xrenb, über „Männerchor und Singbewegung“. Seine Ausführungen galten der Wiedererweckung der Volksmusik und des Volksliedes bzw. seiner Pflege in den Kollegengangsvereinen. Vorsitzender Ramer schloß hieran den Appell an die jungen Göttinger Kollegen, dem Gesangverein der Göttinger Buchdrucker aktiv beizutreten. Die Berichte aus den Bezirksorten zeigten überall dasselbe Bild: Verschlechterung der Wirtschaftslage, arbeitslose Kollegen. Seit der letzten Bezirksversammlung verloren wir durch Tod die Kollegen Behrens (Nörthing) und Draeger (Göttingen). Die Kollegen Busse, Raizer und Wehmann konnten auf wichtige Mitgliedschaft zurückblicken. Nach gemeinsamem Mittagessen schlossen sich Wanderungen auf die Höhen an, und bei guter Sicht schweiften die Blicke über die Täler und Höhen hin zum „Rater Broden“, dem Wurmberg bei Braunlage, Söderhau, dem Großen Knollen bei Bad Lauterberg und der Hausflüßburg bei Clausthal. Gefellige Stunden und Aufenthalt im Kurpark vereinten die größere Zahl der Teilnehmer, und mit Lust ging es dann wieder zu Tale, wo die Bergbahn die lustige Gesellschaft wieder aufnahm, während 50 Teilnehmer per Autobus schon in den Nachmittagsstunden abgehahren waren.

Hamburg-Altona. In unserer Versammlung am 27. August wurde zunächst das Andenken zehn verstorbenen Mitglieder geehrt. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten referierte Gewerkschaftsgenosse Sohn Ehrent mit über das Thema „Politische Konsequenzen“. In temperamentvoller Weise ging der Redner in einflüßigen Ausführungen auf die von den freien Gewerkschaften bisher geleistete Arbeit und die von ihnen bisher eingenommene neutrale Haltung ein, beleuchtete die Vorgänge in den verschiedenen bürgerlichen Parteien, die, trotz ihrer sonstigen Gegensätze, in dem Augenblick, wenn es gegen die Arbeiterschaft geht, geschlossen vorgehen, um ihren Wammion zu retten und jeden Angriff auf ihren Geldsack abzuwehren. Diese reaktionären Gebilde zu beseitigen, ist das Ziel der Arbeiterschaft bei der Reichstagswahl am 14. September. Die freien Gewerkschaften haben aus den Veränderungen in der Wirtschaft unbedingt die politischen Konsequenzen zu ziehen. Brot- und Fleischpreise sind politische Preise. In allen Fragen, die für die Arbeiterschaft von eminent wichtiger Bedeutung sind, gibt die Zusammenlegung des Reichstags den entscheidenden Ausschlag. Redner ging sodann auf die Schädigung Hamburgs durch die Weiling-Schiff-Regierung ein. Durch sie werden Hamburgs Handel, Schifffahrt und Gewerbe ruiniert und die bisherigen Hamburger Abgeordneten Goh, Daub und Tjammann haben ihnen dabei Hilfe geleistet. Der DGB habe die politischen Konsequenzen gezogen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine Million Mark als Wahlbeihilfe überwiesen. Eine andere Partei käme nicht in Frage, denn die SPD habe sich bekanntlich die Zerstückelung der freien Gewerkschaften zum Ziel gesetzt. Diese Wahlbeihilfe an die SPD, war eine Tat des DGB, die bei der Wehrheit der freien Gewerkschaften lebhaftige Zustimmung gefunden hat. Ehrent forderte auf, unbedingt das höchste Staatsbürgerrecht, den Stimmzettel, zu gebrauchen, um im Interesse der Arbeiterschaft in letzter Minute die Gesetzesmaschine herumzuwerfen und in die Hand zu bekommen. Wollen wir die Zahlungen für die Entente verweigern und dadurch auf deutschem Boden einen neuen Krieg entfesseln? So etwas können nur politische Saboteure verlangen. Zum Schluss forderte Redner unter stürmischem Beifall der Wehrheit und lebhaften Protestrufen der Opposition zur Wahl der Kandidaten der Sozialdemokratie am 14. September auf. Kollege Sosnowski reichte eine Protestresolution gegen die Überweisung von einer Million Mark Gewerkschaftsgelder für die SPD ein. In der Aussprache wies Kollege Johannes Schmidt hin auf die skandalösen Zustände in den Buchdruckbetrieben der kommunistischen

Partei, speziell in den Bewag-Betrieben in Solingen und Düsseldorf, und kritisierte die mangelnde Disziplin der Reichstagsfraktion bei der entscheidenden Abstimmung im verflochtenen Reichstag, bei der allerdings auch sechs kommunistische Abgeordnete gestift hätten. Von der Opposition sprachen die Kollegen Fikter und Rupp, die ihren bekannten Standpunkt vertraten und zur Wahl der Kandidaten der SPD aufforderten. Nachdem Kollege Rupp durch Zitieren aus der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und der „Roten Fahne“ auf das schädliche Wirken der SPD für die Arbeiterschaft hingewiesen, wurde ein Antrag auf „Schluß der Aussprache mit 201 gegen 145 Stimmen angenommen. Im Schlusswort rechnete Sohn Ehrent mit der Opposition in gewohnter Weise ab und ließ sich trotz großen Räumens der Opposition nicht aus dem Konzept bringen. Unter starkem Beifall forderte Redner nochmals auf, für die SPD einzutreten, im ureigenen Interesse der freien Gewerkschaften. Die Resolution Sosnowski wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Es wurden Johann einige mehrfach zurückgestellte Wahlen für die Schiedsämter Hamburg und Altona sowie in der Arbeitsnachweismission vorgenommen. Der Vergütungsausschuss wurde in alter Zusammenlegung bestätigt und für ein verstorbenes Mitglied ein Ersatzmann neu gewählt.

Rehl. Am 20. August fand hier eine Versammlung statt, die sich im Gegensatz zu früheren, eines sehr guten Besudes zu erfreuen hatte. Nach Feststellung der Präsenzliste begrüßte der Vorsitzende ein neues Mitglied. Aus dem nun folgenden Kassenbericht über das erste Halbjahr ist besonders der hohe Betrag für durchreisende Kollegen erwähnenswert. Der Grund liegt wohl mit darin, daß das benachbarte Glatz-Lothringen mit seiner Hauptstadt immer noch Anziehungspunkt ist infolge der guten Konjunktur, die dort in unserm Gewerbe herrscht. Viele Kollegen verließen dort Arbeit zu erhalten. Eine erfreuliche Tatsache war im Kassenbericht insofern zu verzeichnen, als keine Restanten vorhanden sind, im Gegensatz zu manchen andern Orten, die den Kassierern die Arbeit ungemein erschweren. Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten fand die harmonisch verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Kolberg. (Marschener.) Unser Bezirk hielt am 17. August hier seine diesjährige Bezirksversammlung statt, die einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte. Auch vom Bezirk Stettin, der an diesem Tage eine Wanderversammlung in Kolberg veranstaltete, hatte sich eine größere Anzahl Kollegen eingefunden. Kollege Reitzlow (Kolberg) eröffnete die Versammlung und begrüßte mit herzlichen Worten die Erschienenen. Kollege Dolle dankte im Namen der Stettiner Kollegen und überbrachte die Grüße der Pommerschen Vereinigung und des Kollegen Lehmann vom Greifswalder Bezirk. Er führte weiter aus, daß es unsere Pflicht wäre, alle der Sparte noch fernstehenden Kollegen an diese zu fesseln, um einen engen Zusammenschluß herbeizuführen. Bisher wäre es durch die ungünstige Lage der einzelnen Bezirke (Stettin, Greifswald, Kolberg, Posen-Westpreußen) und die damit verbundenen Kosten sehr schwer gewesen, bei Bezirksversammlungen oder bei der Generalversammlung die Kollegen zu vereinigen. Dem Vorschlag es jedoch durch eine Reorganisation der Reorganisation der Reorganisation, gelangung zu diesem Ziele einen großen Schritt näherzukommen; indem jetzt die Möglichkeit besteht, jedem Mitglied fast die Gesamtreisekosten zu vergüten. Es soll versucht werden, dieses Gebiet noch weiter auszubauen. Alsdann referierte Kollege Reitzlow in sehr interessanter Weise über das Thema „Lohnabbau“. Hierzu gab Kollege Jungnickel noch einige Hinweise und Warnungen. Kollege Franke sprach sein Bedauern über die Involgarität in einzelnen Betrieben aus. Kollege Redow schmit das Kapitel „Kontrollmaßnahmen“ an. Da auch in Pommern verhältnismäßig das Begehren eingeführt wird, ging Kollege Boigt darauf näher ein. Gleichzeitig machte er nochmals auf die in Stettin gegenseitig aufgestellte Berechnungskommission aufmerksam, die bereits verhältnismäßig von Kollegen zur Beratung herangezogen wurde und gute Erfolge zu verzeichnen hat. Kollege Dolle gab ein Rundschreiben der Zentralkommission bekannt und freute dabei zugleich den Fall Mahlo. Alsdann fanden zwei Vorträge, getrennt für Altona- und Typo-Seher, statt, wozu in dankenswerter Weise die Typographische und die Metallische Vortragsmaterial zur Verfügung gestellt hatten. Neuaufgenommen wurden drei Kollegen. — Im Anschluß an die Versammlung wurden die Teilnehmer mit ihren Damen im Bilde festgehalten, worauf sich alsdann alles zu einem gemeinsamen Mittagessen vereinte. Die noch verbleibende freie Zeit bis zur Abfahrt der Züge wurde mit einem gemeinsamen Spaziergang an den Strand und nach der Maitühle verbracht.

Köln. (Schriftgießer, Stereotypure und Galvanoplastiker.) Unsere am 24. August in Hagen abgehaltene Versammlung der Gauvereinsigung nahm einen guten Verlauf. Außer Münster waren sämtliche Bezirke unserer Einladung zahlreich gefolgt. Nach der Begrüßung gedachte Kollege Steintamper kurz unsern Bezirksleiters von Hagen, der infolge pflüßlicher Erkrankung an der Tagung nicht teilnehmen konnte. Den Kollegen Birkenhauer und Schiefer, die infolge Krankheit ihre Ämter dem Vorstand zur Verfügung gestellt hatten, sprach der Vorsitzende den Dank aus für ihre langjährige, treue Mitarbeit innerhalb unserer Sparte, und stellte die Kollegen Hauslaars und Bontly als neue Vorstandsmittelglieder vor. Unter „Geschäftlichem“ gelangten einige Eingänge zur Kenntnis der Versammlung. Zur Aufnahme standen zehn Kollegen, die auch einstimmig aufgenommen wurden. Eine kleine Streitfrage zwischen Düsseldorf und Duisburg wurde zur Zufriedenheit beider Teile erledigt. Der Kassenbericht, der gedruckt vorlag und vom Kollegen Grafer ergänzt wurde, wies einen Bestand von 214,60 M. aus. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Berichte der Vorsitzenden über die Lage der einzelnen Bezirke boten überall ziemlich das gleiche Bild. Infolge Nationalisierung und Wobenzensurierung nimmt auch bei uns die Arbeitslosigkeit immer schärfer Formen an. Ein Appell, hauptsächlich an die jüngeren Kollegen gerichtet, sich mehr wie bisher an Spartenleben zu beteiligen, um durch Pflege des Teugnischen, wozu die Sparte in erster Linie berufen ist, ihre Kenntnisse zu bereichern, wird höfentlich seinen Zweck nicht verfehlen. Nur der technisch fortgeschrittene Kollege ist in

der Lage, der technischen Entwicklung gegenüber sich zu behaupten. Die Sicherlegung der Technischen Kommission rief eine kleine Debatte hervor. Kollege Baumann (Düsseldorf) legte kurz die Gründe dar, die dazu bewogen, den Sitz zu verlegen. Die übrigen Redner waren ebenfalls für eine Sicherlegung. Dies kam durch einen Antrag, den Sitz nach Köln zu verlegen, zum Ausdruck. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme des Antrages. Kollege Steintamper dankte Johann dem Kollegen Grafer für seine geistige Tätigkeit als Leiter der Technischen Kommission den Dank ab. Ein neues Reinigungsputzer, das es ermöglichen soll, auch während der Arbeitszeit zu reinigen, wurde einer eingehenden Kritik unterzogen. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Bezirks Essen wurde als nächster Versammlungsort Essen gewählt.

Sulingen. Am 24. August fand hier die Herbstbezirksversammlung des Bezirks Aller-Wefer statt. Die Anwesenheitsliste ergab 92 von 142 Kollegen im Bezirk. Der Gauvorstand war vertreten durch den Kollegen Jischer (Bremen). Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden Kollegen Grafer (Verden) mit begründeten Worten eröffnet und das Andenken eines verstorbenen Kollegen geehrt. Anschließend nahm Gauvorsteher Scherer das Wort zu einem längeren Referat: „Über die augenblickliche wirtschaftliche und politische Lage“. Die Notverordnungen der derzeitigen Machthaber im Staat wurden einer eingehenden Kritik unterzogen, und manch scharfes Wort fiel gegen die Diktaturverordnungen der Regierung Brünning, die der Arbeiterschaft ungläubige Lasten auferlege. Die Versammlung ließ deutlich erkennen, daß die kommende Reichstagswahl mit ein Kampf der Gewerkschaft ist und es nur die SPD ist, die die Belange der Gewerkschaften am besten vertreten hat. Diese zu unterstützen und zum Siege zu verhelfen muß Pflicht aller Gewerkschaftler sein.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. In Frankfurt a. M. unterzogen sich zehn Prüflinge der Meisterprüfung. Sieben bestanden die Prüfung mit Erfolg, nämlich die Kollegen Joseph Bronold, Hugo Dönges, Emil Fehler, August v. Rospihl, Joseph Schickel, Julius Wilhelm Schirmer und Artur Schöffler.

Internationale Druckausstellung. Wie uns aus Zagreb mitgeteilt wurde, bereitet der Zentralbildungsausschuss des Verbandes der graphischen Arbeiter Jugoslawiens anlässlich des 60jährigen Bestehens der Organisation am 3. Oktober eine große Druckausstellung vor, verbunden mit einer Büchermesse und einer Briefmarkenausstellung. Auch Bruderentwürfen und Maschinen können ausgestellt werden.

Kommunistische Theorie und Praxis. In Nr. 60 des „Korr.“ wurde aus Stuttgart darüber berichtet, wie dort die Vertreter der SPD und der revolutionären Gewerkschaftsopposition die geistlichen Arbeiterrechte mit Füßen treten, indem sie drei Betriebsräte der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ festlos auf die Straße warfen. Weiter wurde davon berichtet, wie die Vertreter der SPD, Druckerei und der Bundesleitung der SPD, infolge ihres rigorosen Vorgehens eine empfindliche Niederlage vor dem Arbeitsgericht erlitten. Zu diesem unerhörten Vorgehen der Geschäfts- und Parteileitung gestellte sich nunmehr ein neuer typischer Vorfall. Die Vertreter dieser beiden „revolutionären“ Körperchaften reichten nämlich beim Stuttgarter Arbeitsgericht den weiteren Antrag ein, die drei festlos entlassenen Betriebsräte ihres Postens als Betriebsräte zu entheben. Als Grund hierfür wurde laut Schriftlich der Geschäftsleitung wörtlich folgendes angegeben: „Die Unterzeichneten sehen aber schon in den aus den Akten (d. h. aus erster Verhandlung, Schriftl.) hervorgehenden Einräumungen der Antragsgegner und sonstigen Feststellungen des angerufenen Gerichts genügend erwiesene Pflichtverletzungen, um die Ablegung ohne mündliche Verhandlung auszusprechen. In den angeführten und eingebrachten Tatsachen liegen namentlich die Verletzung der Pflichten gemäß § 66, § 67, § 68 (für Kontrollzettel, wie sie in keinem andern bürgerlichen Zeitungsbetrieb bestehen) nicht auszufüllen; § 30 (Möglichkeit der Betriebsratsführung) oder § 46 (Betriebsversammlungen, mehrfach innerhalb der Arbeitszeit ohne Genehmigung).“ Sachlich sei zu den Anwürfen der Geschäftsleitung bemerkt, daß das Urteil des Arbeitsgerichts aus erster Instanz (am 10. Juli) ausdrücklich feststellte, daß die Betriebsräte laut Arbeitsordnung berechtigt waren, die Anordnung der Kontrollzettel zurückzuweisen und die erwähnte Betriebsratsführung unter Hingufügung von vier Betriebsangehörigen abzuhalfen. Was die Geschäftsleitung mit diesen angeblichen Anwürfen will, ist und bleibt unverständlich. Interessant, ja typisch dagegen ist der Hinweis auf den § 68 des Betriebsratsgesetzes, der besagt, daß „bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben der Betriebsrat dahin zu wirken hat, daß von beiden Seiten Forderungen und Maßnahmen unterlassen werden, die das Gemeininteresse schädigen“, oder, wie die Geschäftsleitung konkret sagt, sich für Streit einsetze. Wie sah aber nun der Streit aus, für den sich die Betriebsräte der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ eingesetzt haben sollen? Als am Morgen des 20. Juni einer der drei Betriebsräte zur Arbeit kam (die anderen beiden sigen später an), wurde ihm vom Geschäftsführer das schon erwähnte ominöse Kündigungsschreiben in die Hände gedrückt. Der betreffende Betriebsrat verknüpfte sofort die Befolgung von diesem Schreiben, und spontan legte alles die Arbeit nieder. Eine in der Versammlung gewählte Kommission erklärte die passive Resistenz und trat zwecks Klärung der Klärung in Verhandlungen mit der Geschäftsleitung ein. Diese verließen jedoch ergebnislos; auch dann, als die Arbeit wieder aufgenommen worden war. Und beim Vorliegen eines derartigen Sachverhalts wagen es die Theoretiker der revolutionären Gewerkschaftsopposition, beim Arbeitsgericht den Antrag auf Amtsenthebung der Betriebsräte zu stellen! Dabei können diese Herrschaften in ihrer Presse und in Versammlungen nicht genug davon kräueln, jede Willkürmaßnahme des Unternehmers mit dem Streik zu beantworten. Aber die verdiente Blamage ist nicht ausgeblieben. Das Arbeitsgericht Stuttgart wies am

30. August den Antrag auf Amtsenthebung der Betriebsräte wegen größtenteils ungültiger Entscheidungen ab. Diese Entscheidung sollte aber die letzte Ohrfeige für die prominenten kommunistischen Hühnerköpfe noch nicht sein. Am 2. September fand nämlich die Berufungsverhandlung wegen der Betriebsratsentlassung vor dem Landesarbeitsgericht in Stuttgart statt. Obwohl nach der erstinstanzlichen Verhandlung das dortige kommunistische Organ die Entscheidung des Arbeitsgerichts als Klassenurteil bezichtigte, rief jene Geschäftsleitung dennoch das Landesarbeitsgericht an. In der üblichen Vorberhandlung wurde ein Vergleichsvertrag von Arbeiterseite abgelehnt. Nach beendeter Verhandlung fällte das Landesarbeitsgericht die Entscheidung, daß die Betriebsräte zu unrecht entlassen sind. Das Geschäft muß den Lohn an die Betriebsräte weiterzahlen. Damit haben die revolutionären Strategen mit ihrem Juristen an der Spitze eine weitere katastrophale Niederlage erlitten.

Zum Verkauf der österreichischen Gutenbergbibel an Amerika. In Nr. 68 berichteten wir über den Verkauf der seit 400 Jahren im Besitze des Benediktinerstiftes St. Paul in Kärnten befindlichen 42zeiligen, auf Pergament gedruckten Gutenbergbibel nach Amerika. Nun wird eine nähere authentische Darstellung des Sachverhalts bekannt, nach der der Verkauf der Bibel nicht so sehr für das Kloster als für den Erstkäufer Dr. Vollbehr in Newyork ein glänzendes Geschäft wurde. Das Stift hat die Gutenbergbibel bereits im September 1928 nach Genehmigung des zuständigen Bundesministeriums und des Bundesdenkmalamtes, dem die Erhaltung historischer Kulturwerte untersteht, an den Bibliophilisten Dr. Vollbehr um 250 000 Dollar verkauft. Dem Käufer gelang es aber die längste Zeit nicht, den Kaufpreis aufzubringen. Schließlich bot er der Kongregationalisten der Gutenbergbibel und seine eigene Sammlung von 3000 Intimabüchern — die wohl nicht an den Wert der Bibel heranzieht — zum Kauf an, und der amerikanische Senat beschloß nach langen Verhandlungen ein Gesetz, das den Verkauf von Bibel und Intimabüchsammlung um einsehnhalf Millionen Dollar für die Kongregationalisten gestattete. Nun erst konnte Dr. Vollbehr seinen Verpflichtungen gegenüber dem Stift nachkommen, und am 16. August erst erhielt das Stift den vereinbarten Kaufpreis von 250 000 Dollar, worauf die Gutenbergbibel auf der amerikanischen Geländebank in Wien dem Käufer übergeben wurde. Für dieses kostbare Kleinod mußte eine Ausfuhrabgabe von 175 000 Schilling (mehr als 100 000 Mk.) entrichtet werden.

Die meistgelesenen Bücher. Einen aufschlußreichen Beitrag zur Beurteilung der geistigen Einstellung der Gegenwart liefert der kürzlich erschienene 16. Jahresbericht der Deutschen Bücherei in Leipzig, der statistische Mitteilungen enthält über die Benutzung der Bibliotheksbücher. Die häufigsten Schriften, die am meisten gelesen werden, sind hierbei nicht mit Berücksichtigung, da sie in der Deutschen Bücherei nur zu Forschungs- oder Berufswecken zur Verfügung gestellt werden. Am meisten begehrt wurde von de Welbes „Kommunale Ehe“, das 51mal herausgab und noch häufiger bestellt wurde — alle Schriften stehen nur in einem Exemplar zur Verfügung. An zweiter Stelle kam Lindbergs und Gains „Revolution der Jugend“ (37mal), an dritter Bengt Berg, „Mit den Zugvögeln nach Afrika“ (31mal), an vierter und fünfter Runden die Lehrbücher von Spann, „Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre“ und Schäffer, „Grundriss des Rechts“ (beide 23mal), denen Giese, „Die Verfassung des Deutschen Reiches“ (22mal), hart auf dem Fuß folgte, ein erfruchtliches Zeichen für die wachsende Teilnahme an staatsbürgerlichen Dingen. Es folgten: „Handbuch für das kaufmännische Unterrichtsweien“ (21mal), Tiefmann, „Unternehmensformen“ (20mal), dann ein zweites Werk von de Welbes, „Erotik in der Ehe“ (18mal), und schließlich Rahn, „Leben des Menschen“ (17mal). Von den zehn Büchern sind sechs im Original deutsch, vier Übersetzungen, und zwar zwei aus dem Holländischen und je eine aus dem Schwedischen und dem Englischen. Alles in allem bestätigt die Statistik die Tatsache, daß die heutige Zeit weniger historischen Dingen als aktuellen Gegenwartsfragen und Fragen der Praxis ihre Interesse zuwendet.

Eugen Diederichs †. In Jena verstarb am 10. September nach längerem Leiden im 63. Lebensjahr der bekannte Verleger Eugen Diederichs. Das deutsche Verlagswesen verlor in ihm eine seiner stärksten Persönlichkeiten, der sich auch in Berufsfragen als Führer und Organisator betätigte.

Deutschsprachige Zeitungen in Ausland. Trotz der strengen Zensur, der die Presse in der Sowjetunion unterliegt, gestattet die Sowjetregierung das Erscheinen von deutschen Zeitungen, weil sie in ihnen wertvolle Propagandamittel sieht. Die deutschsprachigen Sowjetblätter sind selbstverständlich genau so im Besitz der kommunistischen Partei wie alle anderen nichtrussischen Zeitungen. Da die Zahl der Sowjetbürger deutscher Nationalität mehr

Vor jedem Konditionswechsel sind rechtzeitig Erkundigungen beim zuständigen Gauvorsitzer einzuziehen!
Wer diese statutarische Pflicht unbeachtet läßt, der schädigt die Interessen der Organisation und sich selber, denn er hat die Folgen zu tragen!
(Siehe Druckortverzeichnis in den Verbandsaufträgen auf den Seiten 47 bis 64).

als eine Million beträgt, schenken die Moskauer Gewalthaber der Bearbeitung des Deutschtums im kommunistischen Sinne ihre besondere Beachtung. Wie wir einem interessanten Artikel des „Zeitungsoberlags“ entnehmen, erscheinen gegenwärtig in der Sowjetunion fünf deutsche Blätter, darunter eine Tageszeitung und sechs Zeitschriften, mit einer Gesamtauflage von 60 000 Stück. Das deutsche Hauptblatt, die in Moskau erscheinende „Arbeit“, hat 10 000 Abonnenten, ebensoviel zusammen haben zwei andre Blätter, „Das neue Dorf“, das zu Charkow in der Ukraine erscheint, und die in Koltzow herauskommenden „Nachrichten“, die die deutsche Wolga-Republik verlor, in der Deutsch Amtsprache ist, „Rein sachlich gesehen“, so bemerkt der Verfasser des Artikels im „Zeitungsoberlag“, stellt die deutsche Sowjetzeitung ein übliches Propagandablatt dar, das blinlings die Moskauer Schlagwörter verbeut. Die diesen Schlagzeilen vermögen die hoffnungslose Ode des Inhalts nicht zu verbergen. Hiernach kann man sich einen ungefähren Begriff machen von dem positiven Wert der deutschen Zeitungen in Sowjetland!

Über die Lage der deutschen Wirtschaft. Das Institut für Konjunkturforschung beurteilt die derzeitige Lage der deutschen Wirtschaft zusammenschend wie folgt: „Die deutsche Wirtschaft verharrt in tiefer Depression. Die industrielle Produktion ist um 15 bis 20 Proz. geringer als im Vorjahr. 285 Millionen Menschen sind arbeitslos. Zum ersten Male seit dem Weltkrieg befindet sich die deutsche Konjunktur in vollem Gleichschritt mit der weltwirtschaftlichen Industrienkonjunktur. Rückläufige Produktion, rückläufige Preise und wachsende Arbeitslosigkeit kennzeichnen die Lage fast aller Industriestaaten. Mit der industriellen Depression verbinden sich schwere Strukturstörungen der Weltagrarwirtschaft, wodurch die Aufnahmefähigkeit der Rohstoffländer für industrielle Produkte stark vermindert wird. Anders als 1926 bietet deshalb der Export der deutschen Industrie keinerlei Ausgleich. Die Ausfuhr Deutschlands ist sogar mengenmäßig gesunken. Diese Entwicklung ist um so nachteiliger, als der Rückgang im internationalen Preisniveau automatisch eine Erhöhung des Realwerts der Reparationslasten nach sich zieht. Eine gewisse Erleichterung vermochte die fortschreitende Verflüssigung der Kreditmärkte zu verschaffen. Die Senkung des Kapitalzinses ist aber noch nicht weit genug fortgeschritten, um genügend neue Planungen rentabel erscheinen zu lassen. Eine besondere Erleichterung für die Kapitalversorgung bildet die Wertrevisionskrisis, die sich im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung ergeben hat. Die von der Reichsregierung beschlossene Finanzreform kann wesentlich dazu beitragen, das erschütterte Vertrauen wiederherzustellen. Die Ausbalancierung des öffentlichen Haushalts durch Ausgabenkürzung und Einnahmehöherung wird zwar zu — übrigens unvermeidlichen — Beeinträchtigungen der Wirtschaft führen; doch können sich aus einer Sanierung der Finanzen gleichzeitig starke, wenn auch rein psychologische Auftriebskräfte entwickeln. Nach den zur Zeit vorliegenden objektiven Gegebenheiten der Konjunktur jedoch wird sich die mit dem Herbst einsetzende saisonmäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit voraussichtlich in voller Höhe auf dem Arbeitsmarkt auswirken.“ Die gegenwärtige Wirtschaftslage geht über ähnliche Perioden früherer Zeiten weit hinaus. Der Arbeitsmarkt wird vorläufig keine Entlastung erfahren; im Gegenteil dürfte die Zahl der Arbeitslosen in den kommenden Monaten noch zunehmen. Das Konjunkturinstitut rechnet für Ende Dezember mit einer Gesamtzahl von mehr als 3,5 Millionen Arbeitslosen. Die Belastung der Arbeitslosenversicherung wird im Durchschnitt 2,4 Millionen Mark im Jahre 1930 betragen. Es ist also notwendig, daß die deutsche Regierung sich nach den Maßstäben darüber schlüssig wird, woher die Gelder genommen werden sollen. Von der Gesamtzahl der jetzt vorhandenen Arbeitslosen erhalten 0,4 bis 0,5 Millionen keinerlei Unterstützung. Ein Umstand, der große Gefahren für Volk und Staat in sich birgt. Von den zuzüglich vergebenen Arbeitern der öffentlichen Hand ist noch keine Erleichterung in der Arbeitsmarktlage zu verspüren. Die deutsche Arbeiterschaft geht noch schwereren Zeiten entgegen.

Wahlen der Spareinlagen. Der Einlagebestand bei den deutschen Sparkassen betrug im Monat Juli 10 008 Mill. Mk. Seit Ende Dezember 1929 ist eine Steigerung um rund eine Milliarde festzustellen. Die Einzahlungen zeigen nach einem beträchtlichen Rückgang wieder Steigung zum Steigen. 1914 besaß Deutschland ein angesammeltes Sparkapital in Höhe von 19,3 Milliarden. Die Hälfte des Vorkriegsbestandes ist mithin wieder erreicht.

Briefkasten
Dr. in R.: Dank für Zulassung des „R.“ — Ma. in R.: Den unüberredlich kraßesten Diebstahl des Redaktionsfonds der „Tauscher Parteien-Voll“ nehmen wir nicht übel; zweifellos hat der literarische Langstirner damit vernünftiger und wirksamer gehandelt als mit eigener Weisheitslehre. — R. v. in R.: Viel zu einseitig und tendenziös gelesen. — Ma. in R.: Berlin: Aufnahme ließ sich nicht mehr ermboldigen. — R. v. in R.: Unbilligkeit, Meib und Gemeinheit sind drei ergänzende Eigenschaften kleiner Wesler von jeder Gattung; begreift daher gar keine Ursache, diese „geleitete“ Kritik ernst zu nehmen.

Verbandsnachrichten
Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann 1191, 3141 bis 3144. Vorstand: Hans der Arbeiter, Angewandter und Beamten, K.G., Berlin S 14, Ballstraße 65. Postfachkonto Berlin Nr. 10238 (H. Schweinitz).
Geschäftsstellen an den „Korr.“ auf Postfachkonto Berlin NW Nr. 208 10 unter „Geschäftsstelle des Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ Berlin SW 61.

Verbandshaus
Kollegen, die das Verbandshaus besichtigen wollen, müssen sich bis spätestens 11 Uhr vormittags im Zimmer 113, 3. Etage, melden. Es findet nur eine tägliche Führung statt; Ausnahmen, ohne vorherige Vereinbarung, können nicht mehr gemacht werden.

Herausgabe eines neuen Adressenverzeichnisses
Anfang Oktober wird das Adressenverzeichnis der Gauvorsitzer und -fahrräder, der Bezirksvorsitzer und -fahrräder, der Vertrauensleute, der Zentralkommissionen und der Gau-Verbandsleiter neu aufgelegt. Die Gauvorsitzer werden ersucht, bis zum 10. September ein Verzeichnis aller in Frage kommenden Anschriften in ihrem Gau, möglichst druckfertig, einzufließen, damit die rechtzeitige Herstellung des Adressenverzeichnisses gewährleistet wird. Bei Postfachkonten ist außer der Angabe der Nummer auch die Anschrift mit anzugeben.
Der Verbandsvorstand.

Gau An der Saale. Postgebäude karlsruhische Bandungen teilens der Firma K. H. & Co. in Braunschweig bei Zeit gewinnen an dem Stempel, daß die Ausnahme einer Stellung bei dieser Firma ohne die vorgesehene vorherige Erlaubnis beim Gauvorsitzenden zum Ausschluß aus dem Verbands führt.

Adressenveränderungen
Braunbars (Hr.). Vorsitzender und Kassierer: Otto Seckler, c. c. Orline Straße 20.
Koblenz (Druckpartie). Vorsitzender: Bruno Wittkopf, Clara-Müller-Straße 46.

Zur Aufnahme gemeldet
(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die betriebl. Adresse):
Im Gau Berlin die Seher, J. Herbert F. 1911, geb. in Tannenberg 1901, aus Berlin 1929; 2. Bruno K. u. o. 1910, geb. in Berlin 1904, ausgl. d. 1929; 3. Erich Marckus, geb. in Belg 1902, ausgl. in Unterweidau 1920; 4. J. o. c. l. a. n. s. t. u. geb. in Jug (Ostpr.) 1895, ausgl. in Berlin 1918; 6. der Schneidermann Preis 1911, geb. in Trebitz (Oberlausitz) 1901, ausgl. in Borsch (Oberlausitz) 1929; 7. der Drucker Kruw. u. o. K. r. u. n., geb. in Berlin 1903, ausgl. d. 1931; waren schon Mitglieder. — Robert Braun in Berlin SO 16, Einzelruf 24.
Im Gau Hamburg-Elbena die Seher, J. Friedrich, P. R. 1911, geb. in Hamburg 1905, ausgl. d. 1925; 2. August F. 1911, geb. in Hamburg 1885, ausgl. d. 1904; waren schon Mitglieder. — Fritz Ihnert in Hamburg, Weidenboch 57, II.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung
Gumbinnen (Hr.). An Unbedarf der großen Inanspruchnahme unserer Volkswirtschaft teilens der durchgeführten Kollegen erfolgt die Abgabe des D r e s s e r s e h e n R e s u r n e nur noch an Ausgehende. Die Abgabe erfolgt im Betrieb der Gumbinner Allgemeinen Arbeiter-Kasse, Hauptstr. 11, hier unter F r e i s t r. 1. Ein Umfassen in den Durchzeilen ist ungewollt.
Duppeln. A. I. B. r. t. S. m. i. t. a. u. Duppeln (Oberhavel) als sofort Nachrich von ihrem Aufenthalt an G r e i s e n. h. a. u. Duppeln (Oberhavel), Malapener Straße 44. Die Herren Vertrauensverwalter werden gebeten, Schmidt auf die Notiz aufmerksam zu machen.
Gumbinnen. 28. Den durchgeführten Kollegen zur Nachrich, daß bis auf weiteres kein D r e s s e r s e h e n mehr abgegeben werden kann.

Veranstaltungskalender
Bauhen, Verfamung am Sonntag, den 13. September, in der „Zwei Hühner“.
Erfurt, Verfamung am Dienstag, den 16. September, abends 7 1/2 Uhr, im „Genossenschaftsheim“, Marktstraße 6.
Martauecken, Verfamung am Montag, den 15. September, abends 6 1/2 Uhr, im „Dahleim“, Erbaber Straße.
Neichenbach, I. B. Kleinbecker Verfamung für die Dreikönig, Wylau, Neichenbach, Erbaber und Orca Sonntag, den 21. September, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Volkshaus“ in Neichenbach.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengepaaltene Millimeterhöhe für Stellengesuche und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10

Schwefelbad
heiß
Rheuma, Gicht, Ischias, Leber, Galle, Haut-, Nerven- und Ganzjährig geöffnet, Keine Kurtaxe, Prospekt durch die Stadt. Badewaltung.

Langensalza The
heiß
Frauenleiden, Lähmungen, Katarrhe, Metallvergiftungen.

Dantfagung
Schias, Gicht und Rheumatischerkrankte teilte ich gern gegen 15 Pf. Rückporto, sonst kostenfrei, mit, wie ich vor fünf Jahren von meinem schmerzhaften Schias und Rheumaliden in ganz kurzer Zeit befreit wurde.
Jean Stelling, Rantierepächter, Frankfurt a. d. O. Nr. 283, Hindenburgstraße 33.

Metall-Hollergummi
Korkziegel
Werkzeuge für Maschinenmeister u. Scherempf. in best. Qual. Roll. Max. Holzg. Zedler-Str. 11, Papiermühlstr. 5 II. Preisl. frei.

Gau An der Saale
Gelegenlich der am 6. und 7. September in Halle a. d. S. abgehaltenen Bezirksleiterkonferenz wurde Kollege Walter Weigelt (Magdeburg) als Gauvorsitzer gewählt. Sein Eintritt in die Gauverwaltung erfolgt mit Beginn des 4. Quartals. Allen übrigen Bewerbern um die ausgeschriebene Stellung kollegialen Dank für ihre Bemühungen. Der Gauvorsitz.

Galvanoplastiker
benutzt in Wasser- und Flüssigkeit- und Stereotypie, wird für größere Anzahl im Rheinland gesucht. Beschriftet nur auf eine erste Kraft, welche einem Werke vorliegen kann. Genaue Angabe der Verhältnisse, Lohnforderung und Zeugnis abschicken unter K. D. 981 an die Geschäftsstelle des „Korr.“
Junger Schriftsetzer
In Werkdrucker findet nur guter, leistungsfähiger Einotypsetzer für einige Wochen Arbeit. Offerten unter Z. 970 an die Geschäftsstelle des „Korr.“

Wintelhaken
Gehäkelte, Regletten
Benzintannen
Verlag des Bildungsverbandes d. D. O., Berlin SW 61, Dreilindstr. 5.

Waschinenbänder
Blasbälge
Verlag des Bildungsverbandes der D. O., GmbH., Berlin SW 61.
Am Abend des 4. Septembers verstarb an den Folgen einer schweren Operation unser lieber Kollege, der Geiger 1879
Fritz Wagnmann
aus Melle. In dem Verstorbenen verliert ein und einen allzeit treuen und braven Kollegen. Wie werden ihn ein ehrendes Gedenken bewahren.
O. v. „Gutenberg“ Melle
O. v. Osnabrück.